

Wirtschaftlicher Neuaufbau
im Dienste des Menschen



ZWEITER PARTEITAG DER CDU
FÜR DIE BRITISCHE ZONE

HEFT II

28.-29. AUGUST 1948
RECKLINGHAUSEN

KAS-ACDP

Marktwirtschaft moderner Prägung

Referat von Prof. Dr. Ludwig Erhard.

Mit der wirtschaftspolitischen Wendung von der Zwangswirtschaft hin zur Marktwirtschaft haben wir mehr getan; als nur eine engere wirtschaftliche Maßnahme in die Wege geleitet; wir haben damit unser gesellschaftswirtschaftliches und soziales Leben auf eine neue Grundlage und vor einen neuen Anfang gestellt. Wir mußten abschwören der Intoleranz, die über die geistige Unfreiheit zur Tyrannei und zum Totalitarismus führt. Wir mußten hin zu einer Ordnung, die durch freiwillige Einordnung, durch Verantwortungsbewußtsein in einer sinnvoll organischen Weise zum Ganzen strebt. Anstelle eines seelenlosen Kollektivismus, der unser Volk in die Not und in das Elend der Vermassung brachte, mußten wir hin zu einem organisch verantwortungsbeußten Staatsdenken.

Diese Freiheit bedeutet nicht Freibeutertum, und sie bedeutet nicht Verantwortungslosigkeit, sondern sie bedeutet immer verpflichtende Hingabe an das Ganze. Nicht der sinn- und seelenlose Termitenstaat mit seiner Entpersönlichung des Menschen, sondern der organische Staat, gegründet auf die Freiheit des Individuums, zusammenstrebend zu einem höheren Ganzen, das ist die geistige Grundlage, auf der wir eine neue Wirtschaft, eine neue gesellschaftliche Ordnung aufbauen wollen. Die Dinge liegen nicht so einfach, als daß durch den scheinbaren Dualismus hie Planwirtschaft, dort Marktwirtschaft tatsächlich angesichts der Komplexität die ganze Problematik umrissen wäre. Die Planwirtschaft führt nach allen historischen Erfahrungen und nach allen logischen Ueberlegungen über gewisse Zwischenstadien mit Sicherheit zuletzt immer zur Zwangswirtschaft, während die Marktwirtschaft völlig falsch angedeutet wäre, wenn man ihr etwa Planlosigkeit vorwerfen würde. Ich glaube, in diesen letzten acht oder zehn Wochen seit der Währungsreform ist mehr geplant, das heißt, mehr planende Vorsorge und mehr planende Vorausschau geleistet worden, als in den zurückliegenden Jahren der öden Zwangswirtschaft.

Die Planwirtschaft, die immer darin ausmündet, daß das einzelne Individuum als Erzeuger und als Verbraucher unter die Knute des Staates — nein, vielmehr noch unter die Knute einer seelenlosen Bürokratie — gezwungen wird, da der einzelne Staatsbürger entwürdigt und gedemütigt immer nur die Kandare im Maule fühlt, die mußte abgelöst werden durch eine Marktwirtschaft, die nichts zu tun hat mit den Schlagworten, die ihr angehängt werden und die aus der Rumpelkammer des Liberalismus stammen.

Nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums einer vergangenen Aera, auch nicht das „freie Spiel der Kräfte“ und dergleichen Phrasen, mit dem man hausieren geht, sondern die soziale verpflichtete Marktwirtschaft, die das einzelne Individuum wieder zur Geltung kommen läßt, die den Wert der Persönlichkeit obenan stellt, der gerechten Leistung dann aber auch den verdienten Ertrag zugute kommen läßt, das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung.

Wenn das Geschehen der letzten zehn Wochen einer Betrachtung unterzogen wird und wir rückblickend leidenschaftslos überprüfen wollen, ob der eingeschlagene

Weg der richtige war oder ob er tatsächlich so viele Gefahren und so viele Störungen mit sich gebracht hat, wie im heute angedichtet werden, dann wollen wir einmal feststellen, in welchem Zustande wir in die Währungsreform eintraten. Denn das eine möchte ich mit aller Deutlichkeit herausstellen: **Eine Währungsreform ohne einen wirtschaftlichen Kurswechsel wäre, wie alle Einsichtigen einsehen, zu einem völligen Scheitern der Reform verurteilt gewesen.**

Wir hatten vor der Währungsreform einen Zustand erreicht, daß man überhaupt nicht mehr von einer Wirtschaft sprechen konnte. Wir waren dahin gekommen, daß eine hochkomplizierte und hochentfaltete Marktwirtschaft durch das währungspolitische Chaos und den darüber getürmten bürokratischen Uebermut der Zwangswirtschaft in die Methoden einer primitiven Tauschwirtschaft zurückgefallen war. Es gab keine geordnete Produktion mehr, es gab vor allen Dingen keinen Güteraustausch mehr, es gab keine arbeitsteilige Wirtschaft, sondern es gab nur noch einen zusammengekauften, seelenlosen, verantwortungslosen Haufen von Lebensangst geplagter Individuen, wo jeder, so gut er konnte, seine rein physische Existenz zu bewahren suchte. Diesen Zustand haben wir überwunden. Es hat wie ein Wunder ange-
mutet, **obwohl es nur wohldurchdachte Planung im besten Sinne des Wortes war, daß wir dieses gesellschaftliche Chaos auf der Grundlage einer neuen Währung dank eines entschlossenen wirtschaftspolitischen Kurswechsels in wenigen Tagen Herr werden konnten.** Wenn heute von der Not gesprochen wird, in die diese Wirtschaftspolitik zusammen mit der Währungsreform uns gebracht hat, dann wollen wir doch eines nicht vergessen und den unwiderlegbaren Beweis führen, **daß in den Wochen seit der Währungsreform der deutsche Normalverbraucher, der überhaupt in Vergessenheit geraten war, unendlich viel mehr konsumieren konnte, als in den drei Jahren der Zwangswirtschaft zusammengenommen.** (Lebhafter Beifall).

Bewirtschaftung und Preisstop kein Gesundungsmittel

Es ist im übrigen eine völlige Illusion, eine wahre Utopie, zu glauben, daß zu einem Zeitpunkt, in dem wir erwarten konnten und erwarten mußten, daß ein Kaufkraftstoß von mehr als fünf Milliarden Mark auf einen unbekanntem Markt aufprallt, etwa mit Mitteln der Bewirtschaftung und des Preisstops die äußere Ordnung und ein völlig reibungsloser Ablauf der wirtschaftlichen Ereignisse gewährleistet sein konnte. Das ist eine völlige Unmöglichkeit. Das beste, was uns hätte passieren können, wäre die gründliche Untergrabung der staatlichen Autorität gewesen, indem eben diese Flut von Kaufkraft, gedrängt von der Not einer durch viele Jahre dährbenden Masse, alle Barrieren übersprungen und niedergewalzt hätte, und wenn es schlecht gekommen wäre, dann wären wir gar völlig in den Zustand der vergangenen drei Jahre versunken und darin umgekommen. Damit wäre dann aber auch die Währungsreform zum Scheitern verurteilt gewesen.

In diesem Zusammenhange noch einmal ein Wort über die **Hortung**. Sie wissen ja, daß mir vorgeworfen wird, ich wäre gewissermaßen der Schutzheilige der Horter gewesen und hätte die **Hortung zur nationalen Tat gestempelt**. Meine Damen und Herren! Mich fechten derartige gemeine Verleumdungen ganz bestimmt nicht mehr an, sonst könnte ich an dieser Stelle, an der ich stehe, nicht weiter wirken.

Aus dem Gefühl meines guten Gewissens und des ehrlichen Strebens aber, unserem ganzen Volk aus diesem Elend herauszuhelfen, werde ich diese Politik fortführen, solange ich nur Ihres Vertrauens sicher sein kann.

So sehr ich die Hortung als individuelle Maßnahme verabscheue, so sehr fühle ich mich doch verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß eine radikale Entleerung unserer volkswirtschaftlichen Läger notwendig dahin geführt haben würde, daß der aus der Währungsreform freigewordene Kaufkraftstrom ins Leere stößt.

Damit wäre die Währung entweder vom ersten Tage an zum Scheitern verurteilt gewesen oder aber, man hätte, wie es offenbar manche Leute wollen, mit Mitteln der staatlichen Bewirtschaftung und der staatlichen Preisbildung das Volk weiter unter der Knute und unter der Fron dieser Bürokratie halten müssen.

Einen anderen Ausweg hätte es nicht gegeben, und wer heute sich über die Hortung entsetzt, — deren Sünder allerdings durch eine künftige Steuerreform und insbesondere durch den Lastenausgleich ihrer Früchte wieder beraubt werden sollen und auch beraubt werden müssen —, mag doch bedenken, daß diese Hortung als solche, d. h. als volkswirtschaftliches Phänomen betrachtet, eben doch ein Stück der ganzen Währungsreform war. Es ist unehrlich, sich auf der einen Seite zu entrüsten, wenn man ganz genau weiß, daß, wenn dieses Polster uns nicht zur Verfügung stand, die Währung Schiffbruch erlitten hätte. Mit der zusammengebrochenen Währung aber wären wir noch ein Stück tiefer und zwar in den ausweglosen Abgrund verfallen.

Wenn weiter als Kritik heute angeführt wird, daß es vermessen war, in diesem Zustand, in dem sich unsere Wirtschaft befand, den Uebergang von der Zwangswirtschaft zur Marktwirtschaft zu vollziehen, weil den Bedarf durch das Güterangebot zu decken keine Aussicht bestand, dann möchte ich diese Auffassung noch einmal als eine Illusion kennzeichnen. Es wird so dargestellt, als ob die eine Komponente unserer Wirtschaft das Bedürfnis wäre, das 'Bedürfnis' als eine psychologische oder physiologische Kategorie, und auf der anderen Seite stünde das etwas schmalere oder etwas breitere Güterangebot. So aber liegen die Dinge ja garnicht. Sicherlich, — gemessen an dem Bedürfnis unseres Volkes, das durch so viele Jahre bittere Not gelitten hat, — würde keine Güterproduktion ausreichen, um diesen zurückgestauten Bedarf decken zu können. Das könnte aber keine Wirtschaft, sie könnte geordnet sein und aussehen wie sie wollte! Die volkswirtschaftlich relevanten Größen sind auf der einen Seite die kaufkraftgedeckte Nachfrage und auf der anderen Seite die Güterproduktion oder eben unser Sozialprodukt. Diese beiden Größen sind nicht auseinanderzureißen; denn in jeder geordneten Volkswirtschaft, die nicht mehr gestört wird durch staatliche finanzpolitische Falschmünzerei ist die Bildung des Volkseinkommens mit der volkswirtschaftlichen Güterproduktion unlösbar verkoppelt. Das Einkommen entsteht zusammen mit der Produktion im gleichen Umfange und im gleichen Tempo. Wir sind arm, wenn wir wenig produzieren und dementsprechend nur über ein geringes Volkseinkommen verfügen; wir sind reicher, wenn wir mehr produzieren und so auch mehr Einkommen aus dieser erhöhten Leistung beziehen können. Aber etwa zu glauben, daß die relative Armut, in der wir uns befinden, die mangelnde Produktivität unserer Volkswirtschaft, ein Anlaß wären, um nicht zur Marktwirtschaft übergehen zu können, widerlegt sich von selbst. Das würde bedeuten, daß das Ziel der Volkswirtschaft die Verwaltung der Armut ist, während ich als volkswirtschaftliches Ziel nur eines kenne: durch Mehrarbeit, durch höhere Leistung, durch höhere Ergiebigkeit unserer Volkswirtschaft unser Volk aus der Armut herauszuführen. (Lebhafter Beifall.)

Freier Entschluß eines freien Volkes

Es gibt keinen Grund, einzusehen, warum diese relative Armut, von der ich sprach, uns zwingen müßte, die Zwangswirtschaft mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten. Wenn Sie nach historischen Entwicklungen suchen und sich in den europäischen Volkswirtschaften umsehen, dann können Sie feststellen, daß nicht reiches Land und Marktwirtschaft oder armes Land und Zwangswirtschaft bezw. Planwirtschaft zusammenfallen, sondern **daß es immer der freie Entschluß eines freien Volkes ist, nach welchen Prinzipien es seine Wirtschaft zu gestalten und zu ordnen gedenkt.**

Es genügt ein Blick auf die französische Zone, um an diesem Beispiel darzutun, daß gar kein anderer Weg übrig geblieben wäre als eben der von uns beschrittene. In der französischen Zone sind die Dinge nach der Währungsreform, die dort genau so aussieht wie die unsere, nicht etwa besser geworden, sondern sie waren wesentlich schlechter. Zu einem erheblichen Teil sind dort die Bewirtschaftung und alle staatlich errichteten Schranken einfach überfahren worden. Daneben aber sind die früheren Mißstände: der Verkauf unter dem Ladentisch, die Korruption, die Schiebung, die Kompensation und alle diese Errungenschaften und Merkmale der Zwangswirtschaft weiter bestehen geblieben. Es ist also garnicht so, als ob wir bei vernünftigem Handeln die freie Entscheidung gehabt hätten. Was wir in dieser Situation tun mußten, war: **die Fesseln lösen.**

Wir mußten es tun, um in unserem Volke endlich wieder moralische Grundsätze zur Anwendung zu bringen und den Beginn einer Läuterung unserer Gesellschaftswirtschaft zu unternehmen.

Die reale Lage unserer Volkswirtschaft ist zweifellos die, daß sie sich gegenüber einem früheren Standard oder gemessen an der Situation reicherer Volkswirtschaften in einer sehr unglücklichen Position befindet. Ich brauche nur zu sprechen von den Vernichtungen unseres Produktionsapparates durch Einflüsse des Krieges, von der technischen Rückständigkeit, in die wir durch die Abschnürung von der Welt gerieten, von der geistigen und materiellen Isolierung; — ich brauche nur zu erinnern an die mangelnde Arbeitsfähigkeit des durch Hunger ausgemergelten deutschen Volkes, um darzutun, daß diese unsere Volkswirtschaft mindestens in dem Zustand, in dem sie mit der Währungsreform in eine neue Phase getreten ist, zwangsläufig nur ein geringes Sozialprodukt erstellen konnte. **Dieses geringe Sozialprodukt mit Mitteln der Zwangswirtschaft gerecht zu verteilen, hat sich, wie ich noch einmal herausstellen möchte, als eine so vollkommene Illusion erwiesen, daß es völlig abwegig gewesen wäre, auf diesem bitteren Weg fortzuschreiten.** Wir verfielen mehr und mehr der Atomisierung. Jede Woche gab es neue Sonderkontingentsträger und wie diese Institutionen alle hießen, — mit der Folge, daß die Masse des Volkes, der Normalverbraucher, überhaupt völlig vom Konsum ausgeschaltet war. Jeder Versuch, nach dieser Richtung hin eine Aenderung herbeizuführen, hat nicht etwa zu einem Erfolg geführt, sondern war begleitet von den schlimmsten Demütigungen und Entwürdigungen, die überhaupt ein Mensch hinnehmen kann.

Wenn Sie heute hinausgehen auf die Straße und fragen das Volk, was es lieber möchte, entweder den vergangenen Zustand wieder aufzurichten mit der sehr fragwürdigen Chance, nun vielleicht etwas mehr konsumieren zu können oder Freiheit und Würde zurückgewonnen zu haben, nicht vor Amtsstuben anstehen zu müssen, um dort mit unwürdigen Mitteln seine Armut zu

belegen, dann, bin ich überzeugt, bekommen Sie von unserem Volk nur eine Antwort: Wir sind glücklich, daß wir endlich wieder Menschen sein dürfen und aus der Versklavung der Herzen und der Hirne endlich herausgerissen zu sein, (Lebhafter Beifall).

Der Lebensstandard der „guten, alten Zeit“

Meine Damen und Herren — unsere heutige Wirtschaft leidet darunter, daß wir alle mit falschen Vorstellungen an das Gesellschafts- und Sozialleben herangehen. In uns sind Erinnerungen aus der Vergangenheit, die wir umso weniger tilgen können, als wir die letzten Jahre in einem Zustande gelebt haben, der keinen Vergleich und keine Basis für eine reale Betrachtung zuließ. Jeder einzelne macht sich heute, er wieder echtes Geld in der Hand hat, Gedanken darüber, wie er sein Leben früher hat gestalten können und wenn er solche Vergleiche mit der „guten, alten Zeit“ zieht, muß er selbstverständlich zu dem Ergebnis kommen, **daß es ihm heute schlechter geht als früher.** Diese Erkenntnis mag bitter sein, umso bitterer, wenn es Menschen gibt, die bereit sind, an die primitivsten Instinkte zu appellieren und mit verlogener Demagogie dem einzelnen vorzugaukeln, daß nicht die äußere materielle Not, nicht das, was wir in jenen unglückseligen zwölf Jahren verschuldet haben, die Schuld trägt, sondern die Männer, die es übernommen haben, das Volk aus dem Elend herauszureißen. Sie sollen verantwortlich sein, wenn in acht Wochen seit dem Chaos noch nicht die reibungslos funktionierende, die soziale Wohlfahrt voll befriedigende Wirtschaft erreicht ist. Diese Methode richtet sich in den Augen aller gerecht und ehrlich Denkenden von selbst. (Sehr richtig!)

Die falschen Vorstellungen gehen aber auch dahin, daß in uns Erinnerungen wachgerufen werden, **die auf der Ordnung einer hierarchischen Einkommenspyramide beruhen.** Fast unwillkürlich wird gefolgert, daß gemessen an dem Lohn des Arbeiters, der Angestellte soviel und der Beamte etwas mehr, der Handwerker dies, der Händler jenes und der Industrielle entsprechend noch mehr verdienen dürfe. Und aus dieser Vorstellung leitet dann der Einzelne die sittliche Berechtigung zu seinem Lebensstandard auch für die Gegenwart ab. **Das aber ist eine Täuschung, die sich bitter rächen muß.** Ich glaube, wir wären als gesamtes Volk und als Volkswirtschaft schon wesentlich weiter, wenn wir einzusehen bereit wären, daß diese Rechnung mit großen Irrtümern und Fehlern behaftet ist. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß unser Sozialprodukt heute ungefähr 35 Milliarden Mark ausmacht und daß in dieses Sozialprodukt 45 Millionen Menschen zu teilen haben, deren Lebensanspruch wir nicht kürzen können und kürzen wollen, wenn wir an die vielen Flüchtlinge denken und an all die Menschen, die nicht mehr arbeiten können, dann läßt sich leicht errechnen, daß für eine stark überhöhte Einkommenspyramide in unserer Volkswirtschaft kein Raum mehr sein kann. Diese Einkommensstufungen können vielmehr nur relativ schwach sein, aber auf der anderen Seite brauchen wir den Leistungsanreiz, — vom Arbeiter bis zum Unternehmer —, weil wir die Chance bieten müssen, durch Mehrleistung einen höheren Anspruch an das Sozialprodukt zu gewährleisten. Hier tut sich eine Problematik auf: **Wir sind so arm geworden, daß für Differenzierungen wenig Raum bleibt, aber wir können auf die Differenzierungen nicht verzichten, um den Leistungswettbewerb zu fördern:** Diese höhere Leistung erreichen wir nach den Erfahrungen der letzten drei Jahre bestimmt nicht durch Kommandos, durch eine Ueberspitzung der Bürokratie und die Auswirkung eines Verwaltungsapparates, der volkswirtschaftlich gesehen nur ein Schmarotzer

am Volkskörper ist, sondern wir erreichen sie dadurch, daß jeder einzelne durch die natürliche Ordnung des Marktes an den Platz gestellt wird, wo er am meisten leistet, und auf diesem Platz dann seine Kraft für sich und für die Gesamtheit bis zur Neige ausschöpft.

Die Störungen, die wir in den letzten Wochen erlebt haben und die ich garricht leugnen möchte, basieren angesichts der allgemeinen Unsicherheit, in der sich alle Menschen bewegten, wesentlich darauf, daß der äußere Maßstab für das Mögliche noch nicht vorhanden ist. Denn daß die Behörden nicht alles durch Dekrete und Gesetze ordnen können, dessen sind wir uns wohl bewußt. Der Markt aber konnte in acht Wochen noch nicht in der Lage sein, den einzelnen — mit oder, wenn es nottat, auch gegen seine Einsicht, — dazu zu zwingen, sich im Rahmen einer sozialen Ordnung in diese Gesellschaft einzufügen und sich entsprechend zu bescheiden. So sehr es angebracht erscheint, mit Appellen an die Moral und an das soziale Gewissen zu operieren, so deutlich möchte ich es aussprechen, daß die marktwirtschaftliche Ordnung, zu der wir zurückgekehrt sind, doch nicht auf so schwachen Füßen steht, daß sie mit der Vernachlässigung oder Nichtbeachtung dieser kategorischen Imperative etwa zusammenbrechen müßte.

Ich bin vielmehr überzeugt, daß wir das Ziel einer reibungslos funktionierenden Marktwirtschaft mit der Zielsetzung eines maximalen Lebensstandards für unser ganzes Volk in jedem Fall erreichen werden, und zwar deshalb, weil diese Wirtschaft allein zur höchsten Leistung zwingt.

Durch Geld-, Kredit- und steuerpolitische Maßnahmen wird von Tag zu Tag, von Woche zu Woche mehr ein Druck auf die Wirtschaft ausgeübt werden, der alles das ausschaltet, was faul und morsch ist und was nicht mehr an den Leistungsstandard der Fleißigen und Tüchtigen heranreicht. Auch von außen her — ich erinnere nur an den Export zum 30-Cents-Kurs — sind uns jetzt feste Grenzen gesetzt, die wir, ohne die Währung zu sprengen, einfach nicht übersteigen können. Wenn wir uns an das halten, was ich vorhin sagte, daß nämlich die gesamte Kaufkraft, die am Markt wirksam werden kann, mit dem gesamten Güterangebot, das die Volkswirtschaft zur Verfügung zu stellen hat, übereinstimmen muß, dann werden wir auch erkennen, daß diese letzten Wochen unter dem Kopfgeldrausch keinen Maßstab abgeben können.

Wir werden der Störungen Herr

Woran lagen die Störungen? Sie lagen daran, daß wir dem Konsumenten endlich die Freiheit wiedergegeben haben — in meinen Augen die wichtigste aller demokratischen Freiheiten, nämlich die freie Konsumwahl neben der freien Berufswahl. Aus diesem Grunde ist, wie zu erwarten war, eine gewisse Massierung der Kaufkraft, insbesondere auf dem Sektor der Textil- und der Schuhwirtschaft, in Erscheinung getreten und deshalb blieb auch in diesen Bereichen noch ein Rest von Verbrauchsregelung aufrecht erhalten. Obwohl ich mir der Problematik dieser Art von Verbrauchslenkung durchaus bewußt war, sollte der Nachfrage auf solche Weise doch eine Bremse angelegt werden. Die Alternative ist klar gestellt: Entweder Sie behalten die Zwangswirtschaft mit all ihren Scheußlichkeiten bei oder aber Sie nehmen die Pressionen der Marktwirtschaft bewußt in Kauf in der Erwartung, daß die lebendigen Kräfte des Marktes den Ausgleich schaffen. Es ist heute ja nicht so, daß der Verbraucher, der kaufend zu Märkte geht, nur ein ganz bestimmtes Bedürfnis

abdecken will, und daß er, falls der Markt dieses Gut nicht feilbietet, mit seinem Latein dann zu Ende wäre. Ein Volk, das an allem und jedem Not leidet — sei es an Wäsche, Hausrat oder was auch immer —, kann von einem Bedürfnis und von einem Bedarf auf den andern überwechseln, ohne daß das als allzu starke Störung empfunden werden wird. Und das Volk in seiner Gesamtheit hat auch so reagiert. Sicher auch will es in erster Linie Bekleidungsgegenstände oder Schuhe kaufen, aber wenn diese Waren „über Gebühr“ steigen und auf der andern Seite ein Vakuum mit der Folge eintritt, daß Preise für ebenfalls begehrte Güter sinken, dann wird das immer mehr den Ausgleich beschleunigen, d. h. die Massierungen werden sich verflachen. Daß nebenbei von der Erzeugungsseite her alles geschieht, dem jetzt stärker meßbaren Bedarf entgegenzukommen, ist eine Selbstverständlichkeit und liegt in der Linie einer sinnvollen Planung, wie ich sie verstehe.

Wenn Sie mich endlich fragen, wie ich mir die weitere Entwicklung vorstelle, und ob ich der Meinung oder sogar der Ueberzeugung bin, daß sich die einer berechtigten Kritik unterzogenen Störungen in Zukunft überwinden lassen, dann möchte ich darauf mit einem eindeutigen „Ja“ antworten. Es zeigt sich heute bereits, daß der Druck auf die Unternehmungen stärker wird, und von Bankenseite wird berichtet, daß die Geldflüssigkeit nachzulassen beginnt. Wenn ich mir weiter vorstelle, daß wir es in absehbarer Zeit erreichen, Leistungen auf den Lastenausgleich tätigen lassen zu können, und wir insbesondere durch erhöhte Rohstoffzufuhren den Güterfluß bis hin zum Verbraucher reibungslos in Gang bringen, — wenn durch ein Abbröckeln der Weltmarktpreise auch das Spekulantentum aus der Wirtschaft mehr und mehr verschwindet, wenn unter dem Druck des Exportierenmüssens und der Begrenzung der Exportpreise der Unternehmer zu wirtschaftlichem Verhalten gezwungen wird, dann bin ich der festen Ueberzeugung, daß wir der Dinge Herr werden. Sie dürfen nicht vergessen, daß in den letzten acht Wochen alle kostenerhöhenden Faktoren mehr oder weniger in einem Sprung vorweggenommen wurden. Diese kostenerhöhenden Faktoren sind bekannt. Sie resultieren einmal aus der Kostenausgleichserhöhung für Kohle, Eisen, Stahl, Energie, Gas und dergl. mehr, und sie basieren weiter auf der gleichzeitig eingeführten Verrechnung der Außenhandelsgeschäfte zu dem 30-Cents-Kurs für die D-Mark. Sie wissen, daß damit viele industrielle Rohstoffe, und gerade die in sozialer Hinsicht entscheidenden, im Preise eine Verdreifachung erfahren haben. Und alles das ist nun über Nacht wirksam geworden in einer psychologischen Situation, in der unter dem Eindruck einer scheinbar unbegrenzten Kaufkraftfülle die Reaktionen dann nicht immer marktgerecht sein konnten. Diese Verteuerung durch die unterlassene Preisangleichung und die Verteuerung durch die Erhöhung der Importpreise bedeutet in Wahrheit gar keine echte Preissteigerung, sondern stellt den Ausgleich von entfallenen Subventionen in Höhe von vielen Milliarden Mark dar.

Wer da glaubt, daß diese Milliarden vom Himmel gefallen wären, und nicht auch wieder von der ganzen Masse unseres Volkes hätten getragen werden müssen, dessen Kenntnisse von der Volkswirtschaft sind so primitiv, daß mit ihm darüber zu diskutieren sich überhaupt nicht lohnt. Aber dieser Zustand kennzeichnet die Entwicklung der letzten acht Wochen.

Daß da auch gesündigt worden ist, und daß allenthalben über das Ziel hinausgeschossen wurde, daß sogar groteske Mißstände zutage getreten sind, das alles — sei es aus Dummheit oder aus bösem Willen — ist nicht zu leugnen und soll auch nicht beschönigt werden. Aber es ist eine völlige Illusion, zu glauben, daß solche

Erscheinungen Bestand haben könnten, daß das etwa ein Kennzeichen einer marktwirtschaftlichen Politik wäre und daß gar die für die Marktwirtschaft verantwortlichen Männer kalten Herzens eine solche Politik herbeisehnen oder ihr den Boden bereiten wollten. Das ist so entsetzlich dumm, daß nur Gemeinheit aus dieser Wurzel Kritik erheben kann.

Wieder optimales Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen

Und wie wird nun die weitere Entwicklung verlaufen? Die mit der Währungsreform verbundene Leistungssteigerung der menschlichen Arbeitskraft im Ausmaß von 20 bis 30% muß eine wesentliche Kostensenkung herbeiführen. Es zeigt sich schon jetzt, daß sich der Wettbewerb belebt, daß der Fabrikant darauf Bedacht nimmt, was sein Konkurrent anbietet, und welche Preise er dafür fordert. Die Kaufkraft beginnt, wenn wir jetzt von dem zweiten Stoß von 20 Mark absehen, langsamer zu fließen, denn allmählich gewinnt auch der Verbraucher wieder die notwendige wirtschaftliche Vernunft zurück, die ihn mit seinen Mitteln hauszuhalten zwingt. Mit einer tendenziell steigenden Güterproduktion — denn dieses Faktum ist nicht zu leugnen — kommen wir von Tagt zu Tag mehr und mehr dahin, daß die kostensenkenden Tendenzen sich immer stärker durchsetzen.

Ich bleibe dabei — und die Entwicklung wird mir recht geben —, daß, wenn jetzt das Pendel der Preise unter dem einseitigen Druck kostenerhöhender Faktoren und unter dem psychologischen Druck dieses Kopfgeldrausches die Grenzen des Zulässigen und Moralischen allenthalben überschritten hat, wir doch bald in eine Phase eintreten, in der über den Wettbewerb die Preise wieder auf das richtige Maß zurückgeführt werden — und zwar auf das Maß, das ein optimales Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen, zwischen nominalem Einkommen und Preisniveau sicherstellt.

Wenn wir etwas aus der Vergangenheit lernen können, dann dies, daß in der Planwirtschaft und in der Zwangswirtschaft der Lohnanteil am fertigen Produkt immer niedriger war als in der Marktwirtschaft, und der Lohnanteil ist stets am allergeringsten in der staatlich gelenkten Kollektivwirtschaft, wie etwa unter dem Bolschewismus. Es wäre auch merkwürdig, wenn es anders wäre; denn dieser überspitzte bürokratische Apparat führt zwangsläufig einen wesentlichen Teil des Sozialprodukts auf. Ich glaube, es wird niemand auch nur den Versuch wagen, zu behaupten, daß die volkswirtschaftliche Leistung der staatlichen Befehlswirtschaft eine höhere wäre, weil es zu offenkundig ist, daß das nicht zutrifft.

Wie war es denn in der seitherigen Wirtschaft? Sie hat nicht die geringsten Leistungsanreize geboten. Der einzelne Händler oder Erzeuger hat seine Kosten errechnet, wie sie zufällig bei ihm angefallen sind. Er hat nach dieser Richtung ja keine Anstrengungen zu machen brauchen, denn er war entweder auf Grund einer generellen Genehmigung der Behörde berechtigt, diesen Kostenpreis zu fordern, oder wenn es notwendig war, ist er zur Behörde gelaufen, hat seine Kalkulation überprüfen lassen und mit dem staatlichen Stempel gewissermaßen die Zusicherung bekommen, daß jetzt alles in Ordnung wäre, und daß er richtig und tüchtig gewirtschaftet habe.

Diese Verblendung müssen wir überwinden. Das ist auch ein Faktum unserer Zeit, daß der Unternehmer vielfach noch diesem Denken verhaftet ist. Wie sind demgegenüber die Regeln der Marktwirtschaft? Dort wird nicht von unten nach oben

kalkuliert, sondern hier wird unter dem Druck des Wettbewerbs von oben ein realisierbarer Preis gesetzt, und nur derjenige, der in der Lage ist, innerhalb dieses Preises seine Kosten unterzubringen, wer Gnade vor den Augen der Verbraucher findet, hat seine wirtschaftliche Existenzberechtigung unter Beweis gestellt. Wer eine solche Leistung nicht aufweisen kann, muß eine andere Funktion verrichten; jedenfalls muß er aus der Sphäre dieses Kreises ausscheiden, und er hat das Recht verwirkt, weiterhin zu Lasten des Volkes die Preise der Volkswirtschaft künstlich zu erhöhen. Das war doch das Zeichen der letzten Zeit, daß jeder Leistungsanreiz fehlte, daß wir den ganzen Ballast des Faulen und Morschen mit uns herumgeschleift haben. Und dann will uns jemand weismachen, mit diesen Methoden könnten wir eine Wirtschaft errichten, die der Masse des Volkes einen höheren Lebensstandard sichert.

Nein — wir müssen unter allen Umständen dafür sorgen, daß ein Maximum an Leistung und der Wegfall alles dessen erreicht wird, das das Sozialprodukt schmälern könnte.

Wie soll es denn überhaupt zuwege gekommen sein, daß das deutsche Volk in den letzten acht Wochen angeblich so sehr Mangel gelitten hat? Warum soll es ihm denn schlechter gegangen sein als in der Zeit vorher? Die deutsche volkswirtschaftliche Produktion hat allein vom Monat Juni bis Juli eine Steigerung von 20 Prozent erfahren. Und diese Güter sind nicht mehr in Hortungslägern verschwunden, sind nicht mehr unter dem Ladentisch gehandelt und nicht mehr verkompensiert worden; — sie sind auf den Markt gelangt. Wir haben es erlebt, daß der Konsument, der Normalverbraucher, kurzum jeder Einkommensbezieher an diesem Güterstrom teilgehabt hat; endlich konnte er seine Bedürfnisse einmal befriedigen.

In diesem gleichen Zeitraum zu sagen, wie schlimm die Situation ist, welche Gefahren, welche Schäden diese marktwirtschaftliche Ordnung mit sich gebracht hat, das ist verantwortungsloseste Demagogie, die nicht scharf genug gebrandmarkt werden kann. Ich wollte das nicht als Beweis, aber doch als Symptom hier in die Waagschale werfen. Ich bekomme täglich hunderte, ja manchmal wirklich mehr als tausend Briefe an einem Tag — und die bekomme ich zum allergeringsten Teil aus Händler- und Unternehmerkreisen — in der überwiegenden Mehrzahl von kleinen Leuten, von Lohn- u. Gehaltsempfängern, von ganzen Belegschaften mit hunderten von Unterschriften, in denen sich die Schreiber dafür bedanken, daß wir sie endlich aus diesem Chaos befreit und ihnen ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht haben. (Anhaltende Bravorufe).

Glauben Sie also nicht, daß Sie sich bei den in nächster Zeit anhebenden Auseinandersetzungen gegenüber solchen Angriffen in einer schwachen Position befinden. Wir können im Hinblick auf das Erreichte und auf das Geleistete mit gutem Gewissen jeder Auseinandersetzung entgegentreten, und wir werden diese Angriffe darum auch nicht ruhig hinnehmen. Wir sind nicht in der Verteidigung, sondern wir können im Angriff vorgehen. Wir haben unserem Volk endlich wieder etwas von der Lebensfreude und der Lebenssicherheit zurückgegeben, auf die es durch viele Jahre verzichten mußte.

Nicht einzelne Schichten, sondern die Masse des Volkes

Gewiß — die Dinge sind noch nicht ideal. Das soll auch nicht behauptet werden. Wir können und müssen die Leistungen noch erhöhen, und jedem Einzelnen möchte

ich sagen, daß er umdenken lernen muß, freiwillig oder unter Zwang. Ich sage das, indem ich gleich hinzufüge: Ich fühle mich nicht als Interessenvertreter der besitzenden Schichten, insbesondere nicht als Interessenvertreter des Handels und der Industrie — eine solche Annahme wäre völlig irrig. Verantwortlich zu sein für die Wirtschaftspolitik heißt verantwortlich sein dem ganzen Volk, und ich bin zutiefst überzeugt, daß wir die schweren Probleme, vor denen wir stehen, nur lösen können, wenn es uns gelingt, mit der Marktwirtschaft nicht einzelne Schichten zu begünstigen, sondern der Masse unseres Volkes durch die höchste Anstrengung und durch die immer mehr gesteigerte Leistung den Lebensstandard zu sichern und zu verbessern.

Es ist wieder eine der üblichen Verleumdungen, wenn ich hingestellt werde als der Mann, dem es nur darauf ankommt, ganz bestimmte Interessen zu verteidigen. Das Gegenteil ist der Fall. In letzter Konsequenz verlange ich von den verantwortlichen Unternehmen, die über den Produktions- und Verteilungsapparat der Volkswirtschaft verfügen, die größten Opfer, die höchste Einsicht. Wir dürfen ja nicht vergessen: Die Dinge spielen sich nicht allein im ökonomischen Raum ab, wo man mit einer gewissen theoretischen Gelassenheit den Dingen ihren Lauf lassen könnte in der Sicherheit, daß sie sich ordnen, konkret ausgedrückt, daß sich die Preise auspendeln.

Wir müssen vielmehr mit allen Mitteln danach streben, diese Elemente, die stabilisierend wirken, sobald als möglich zur Geltung und zu voller Wirksamkeit zu bringen. Anders ausgedrückt: Die Störungen und Spannungen, die da und dort in unserer Volkswirtschaft auftreten, obwohl die Konsolidierung bereits deutlicher wird, müssen endgültig verschwinden. Aber wir wollen dazu noch mehr tun, und aus diesem Grunde möchte ich Ihnen hier erstmalig das Programm bekanntgeben, das meine Verwaltung auf Grund sorgfältiger Überlegungen und Beratungen während der letzten acht Tage entwickelt hat.

Ein deutsches Utility-Programm

Wir haben die Absicht, im engsten Zusammenwirken zwischen Industrie, Handel und Gewerkschaften nicht durch neue Mittel der Zwangswirtschaft, sondern durch freie Vereinbarungen dafür Sorge zu tragen, daß in den wesentlichen Bereichen des menschlichen Verbrauchs, also insbesondere der Bekleidung, des Schuhwerks und auch des Hausrats, bestimmte Artikel in großen Serien aufgelegt werden. Ich denke also z. B. an Schuhe, an Arbeitshemden, Arbeitshosen, an Straßenkleidung und bestimmte Hausratgegenstände. Wir wollen und wir werden rationelle Betriebe dafür gewinnen unter der Garantie der optimalen Ausnützung. Gedacht ist an die Fabrikation solcher Gegenstände, deren Gestaltung den einzelnen Betrieben innerhalb gewisser Qualitätsnormen freisteht. Die Programme und deren Ausgestaltung werden jedoch, wie gesagt, in gemeinsamer Auslese von Industrie, Handel und Gewerkschaften festgelegt, um damit zu erreichen, daß der Markt in steigendem Maße mit guten Gebrauchsqualitäten gespeist wird, deren Preise auch in der Endverbraucherstufe gebunden sein sollen. Ich habe von allen Seiten die Zusicherung, daß man alles tun wird, um solche Programme auf freiwilliger Grundlage im freien Kontrakt zu erfüllen. Wir werden dafür sorgen, daß diese Stapelwaren in so reichlichem Maße in die Läden und in den Verkauf fließen, daß jedermann — natürlich nicht gerade von heute auf morgen jeder ein Paar Schuhe — in der Lage ist, zu bestimmten Preisen, die auf rationellster Fertigung und auf verantwortungsbewußten Vertei-

lungsspannen beruhen, auch tatsächlich in den Genuß dieser Waren zu kommen. Das bedeutet keine Rückkehr zu einer zwangswirtschaftlichen Ordnung, das bedeutet keinen Verrat an marktwirtschaftlichen Prinzipien, sondern es bedeutet eine vorsorgliche Maßnahme, daß bis zu dem Zeitpunkt, da der Markt endlich seine volle Funktionsfähigkeit wieder zurückerlangt hat, das soziale Gebot der Sicherung des Verbrauchs durch ein Minimum an Kaufkraft gewährleistet wird. Wir haben weiter die Absicht, in periodischen Abständen durch eine Preistafel, in der ganz spezifische Gegenstände aufgeführt sind, für eine Unterrichtung des Publikums zu sorgen. (Lebhafter Beifall!)

Nicht zuletzt rühren die jetzigen Zustände und eben manche Mißstände davon her, daß der einzelne Verbraucher, weil er durch viele Jahre völlig vom Markt ausgeschaltet war und seine Erinnerungen viel zu weit zurückreichen in eine Zeit, die keinen Standard für die jetzigen Preise bietet, über heute angemessene Preise nicht mehr orientiert sein kann. Er soll jetzt eine Unterrichtung erfahren, damit er weiß, welcher Preis berechtigterweise für eine gute Gebrauchsqualität anzulegen ist. **Durch beide Maßnahmen werden wir erreichen einmal die notwendige Aufklärung des Verbrauchers, und wir werden zum andern sowohl die Erzeuger als die Händler und auch die Verbraucher stärker in eine gewisse Spanne hineinpressen, innerhalb deren die normale Bedarfsversorgung vor sich zu gehen hat.** Wir werden dadurch, daß wir durch stärkere Spezialisierung auf rationellste Weise eine fortlaufende Speisung des Marktes mit typischen und ausgesprochenen Verbrauchsgegenständen guter Qualität erreichen, auch dafür sorgen, daß diese Preistafel nicht ein totes Schemen bleibt, sondern im Markt der Güter eine Realität wird.

Zum Wuchergesetz

Es wird weiter der Plan erörtert, zwischen Industrie und Handel durch alle Stufen hindurch eine Art Ring zu schließen mit der Wirkung, daß die darin vereinten Firmen die Garantie für billigste Verbrauchsversorgung übernehmen. **Außerdem prüfen die Handelskammern und möglicherweise auch die gewerblichen Vereine, inwieweit in demokratischer Selbstkontrolle durch eine Art Ehrengerichtbarkeit die an den preispolitischen Mißständen wirklich Schuldigen an den Pranger gestellt werden können.** Und endlich möchte ich noch sagen, meine Damen und Herren, daß nach gewisser Auslegung das Preiswuchergesetz nur eine billige Verbrämung des mangelnden Willens darstelle, wirklich energisch einzugreifen. Auch das möchte ich als eine Lüge kennzeichnen. Wenn das richtig ist, was gerade von der politischen Kritik behauptet wird, daß nämlich jeder Händler und Industrielle ein Verbrecher ist, der sich am Volke versündigt, dann muß es eine Kleinigkeit sein, mit diesem Gesetz wirksam vorzugehen. Es sei dahingestellt, in welchem Ausmaß solche Vorstellungen berechtigt sind, dort aber, wo solche Sünden vorliegen, bietet dieses Gesetz tatsächlich die Möglichkeit des Eingreifens.

Ich möchte auch mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen, daß ich die feste Absicht habe, dieses Gesetz als eine Realität mit aller Schärfe zu handhaben, und ich hoffe nur, daß die Landeswirtschaftsverwaltungen als die zuständigen Exekutivorgane mich dabei unterstützen werden. (Bravorufen und Händeklatschen).

Das Charakteristikum der heutigen Wirtschaftsstruktur

Wenn wir heute unsere Wirtschaft betrachten, dann müssen wir noch weiter fest-

stellen, daß wir auch unter Berücksichtigung der Währungsreform innerhalb acht Wochen selbstverständlich den Zustand einer Normalität nicht zurückgewinnen könnten. Was ist denn das Charakteristikum der jetzigen Wirtschaftsstruktur? Durch die besondere Konstruktion der Währungsreform ist eine Fülle von Kaufkraft — nämlich rd. 10 Milliarden D-Mark — fast ausschließlich konsumtiv wirksam geworden und hat im Konsumgüterbereich in der Sphäre des Handels und der Industrie ein hohes Maß von Liquidität und Geldflüssigkeit hervorgerufen, — so groß sogar, daß diese Kaufkraft vielfach noch ein zweites Mal konsumtiv angewandt werden konnte. **Es kam also darauf an, diese Kaufkraft in stärkerem Maße auf die gesamte Volkswirtschaft zu verteilen.** Sie wissen aus dem Ablauf des Prozesses, daß es zuerst sehr schwer erschien, diese Mittel überhaupt wieder an die Banken, die Sparkassen und Kreditinstitute zurückzuführen. In der Zwischenzeit haben sich die Verhältnisse befriedigend entwickelt. Es ist heute nicht mehr so viel Geld im Umlauf, — das im Umlauf befindliche allerdings mit einer großen Umlaufgeschwindigkeit wirksam. Allmählich beginnt sich die Ueberfülle zu verflüchtigen und zu zerstreuen. Die höhere Produktion und die zunehmende Beschäftigung erfordern höhere Aufwendungen für Rohstoffe und andere Betriebsausgaben. Daneben ist auch bereits ein Teil dieser Kaufkraft in den Kapitalgütersektor abgewandert. Wir wußten ja, daß mit der Währungsreform ein Teil der Wirtschaft eine außerordentlich starke Belebung erfahren wird, während jener andere Teil unserer Wirtschaft, der nicht mit Geld, sondern ausschließlich mit Kapital zu befruchten ist, nämlich die Kapitalgütersphäre und die Investitionswirtschaft, zunächst vor einem Nichts zu stehen schien. Das ist die Problematik um den mittel- und langfristigen Kredit, die sich hier abzeichnet. Die Arbeitslosigkeit und die Beschäftigungseinbrüche, die wir ja Gottseidank nicht zu verzeichnen haben, konnten dadurch aufgefangen werden, daß trotz des primären Kapitalmangels Mittel aus der Konsumgütersphäre in den Kapitalgütermarkt herüberflossen. **Das bedeutet indirekt eine Auflösung von Hortungslägern zugunsten produktiver Anlagen.** So sehr die Hortung zu verabscheuen ist, bedeutet diese Strukturumschichtung von der Hortung zur Kapitalanlage, insbesondere dann, wenn sie produktiver Art ist, einen positiv zu bewertenden Vorgang.

Ich möchte indessen keine Entscheidung darüber fällen, ob etwa der Kapitalbedarf der Kapitalgüterwirtschaft aus diesem eben gekennzeichneten Sektor der Wirtschaft hinreichend zu decken sein wird, und auf längere Sicht die dem Kapitalgütersektor drohenden Gefahren abzuwenden sein werden. Ich glaube, es wird wohl notwendig sein, mittel- und langfristige Kredite zu schaffen, aber ich glaube, daß wir in der Dosierung dieses mittel- und langfristigen Kredits — unter wirtschaftspolitischem Aspekt gesehen — sehr vorsichtig sein sollten. Gegenüber dem zunächst in seiner Tendenz inflationistisch wirkenden Geld aus der Währungsreform müssen wir bewußt deflationistische Tendenzen in unsere Wirtschaft hineinragen. Das ist zum Teil dadurch der Fall, daß die Markbeträge, die sich als Gegenwerte der GARIA- und Marshall-Gelder ansammeln, deflationistische Wirkung ausüben, und daß es darum angebracht erscheint, sie nicht in vollem Umfang über die Kapitalgütersphäre indirekt doch wieder dem Konsum zuzuleiten.

Wenn wir zur Erreichung eines optimalen Lohn- und Preisverhältnisses den Druck auf die Preise ausüben wollen, dann gehört das auch zum Gesamtbereich der wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die mir die Zuversicht geben, daß wir der scheinbar ungebändigten Kräfte, in Wirklichkeit aber sehr wohl zu bändigenden Elemente, doch wieder Herr werden.

Rohstoffe und noch einmal Rohstoffe.

Dieser Freiheit, der wir durch den Uebergang zur Marktwirtschaft im deutschen gesellschaftswirtschaftlichen und sozialen Leben wieder Geltung verschafft haben, muß selbstverständlich mehr und mehr auch die Freiheit nach außen entsprechen. Es zeigt sich schon jetzt ganz deutlich, daß mit der Marktwirtschaft wir endlich in die Lage versetzt werden, die Grenzen unserer Leistungskraft auch nach außen nicht nur durch bewegliche Klagen, sondern endlich durch eine nüchterne, reale Rechnung unter Beweis zu stellen. Das ist das, was uns bisher gefehlt hat, was uns allenthalben mit dem Odium mangelnder Einsicht oder gar fehlenden guten Willens belastete. Jetzt aber zeigt es sich ganz deutlich, wo unsere Leistungsgrenzen liegen; denn solange es unter der Zwangswirtschaft als ein Normalzustand galt, daß der Normalverbraucher praktisch überhaupt nichts konsumiert, daß die Illusion aufkommen konnte, ein Volk könne auf lange Sicht auch ohne genügend Nahrung und gewerbliche Verbrauchsgüter bestehen, so lange schien auch der Belastungsfähigkeit keine Grenze gesetzt zu sein. Jetzt endlich kann der Normalverbraucher von seiner Kaufkraft konsumtiven Gebrauch machen, und diese Kaufkraft reicht nicht einmal aus, um der dringendsten Bedürfnisse Herr zu werden. Jetzt zeigt es sich, daß die uns im Marshall-Plan zuggedachte Hilfe bei allem Dank, den wir dafür schulden, kaum hinreicht, um einem Volk, das wieder auf geordneter Grundlage arbeitet, die Existenzmöglichkeit zu sichern.

Wenn wir im Zeichen der Marktwirtschaft in der Lage wären, genügend Rohstoffe nachzuschieben, um die spekulativen Faktoren aus der Wirtschaft auszuschalten, wenn es sich erweist, daß der Fabrikant nicht mit der Ware zurückhalten muß, weil er Rohstoffschwierigkeiten befürchtet, dann würde schon viel gewonnen sein, und die aufgetretenen Störungen ließen sich allein aus dieser Wurzel heraus überwinden.

Es ist darum meine Absicht, gerade in der nächsten Zeit meine ganze Kraft dafür einzusetzen, um auf alliierter Seite das Verständnis dafür zu wecken, daß wir Rohstoffe und noch einmal Rohstoffe brauchen, um die in Gang und Schwung gekommene Industrie weiter zu beschäftigen, damit sie so viele Verbrauchsgüter ausspeit, daß das Volk nach langen Jahren der Not das Gefühl haben kann, es sei endlich die Zeit angebrochen, in der ehrliche Arbeit auch wieder ehrlichen Lohn findet. (Lebhafter Beifall!)

Die Aussichten sind nicht einmal schlecht. Wenn es gelingt, die alliierten Militärregierungen davon zu überzeugen, daß das bisherige Verfahren der Verfügung über die Marshallplangelder eine Unmöglichkeit darstellt für eine Wirtschaft, die jeden Puffers beraubt ist und darum von der Hand in den Mund lebt, — wenn wir freizügiger über unsere Exporterlöse verfügen können und nicht bei allen Importkontrakten sofort belastet werden; während beim Export die Gutschrift erst nach Geldeingang erfolgt; dann erhalten wir noch in diesem Jahre einschließlich der bereits abgeschlossenen und der noch zu tätigenen Kontrakte immerhin eine Verfügung über rund 400 Millionen Dollar, das sind $1\frac{1}{3}$ Milliarde D-Mark. Damit läßt sich der Industrie die Anweisung geben: **Ihr könnt arbeiten, soviel Ihr wollt, Ihr könnt alle Maschinen laufen lassen, der Rohstoff wird nachfließen, und dann werden Sie sehen, welche günstigen Wirkungen das auf die Preise ausübt.** (Lebhafter Beifall!)

Gemessen an dem, was die Währungs- und Wirtschaftsreform bereits Gutes gebracht hat, was sie uns an Sicherheit für die Zukunft bietet und was sie an Positivem erwarten läßt, ist das, was sie an Störungen mit sich gebracht hat, so minimal, daß eine ehrliche Kritik davor verstummen müßte. Wenn Sie sich, meine Herren,

der Stärke Ihrer Position bewußt und bereit sind, für diese Politik einzutreten, dann seien Sie sich aber auch Ihrer Verantwortung bewußt! Was sich heute und in der Folgezeit abspielt, ist nicht etwas, was nebensächlich das äußere Kennzeichen eines kurzlebigen Geschehens darstellt. In diesen Wochen seit der Währungsreform bis dahin, da wir auch staatsrechtlich wieder eine stärkere Fundierung finden, entscheidet sich zuletzt das Schicksal des deutschen Volkes.

Entweder wir verlieren die Nerven und geben dieser gehässigen demagogischen Kritik nach, — dann sinken wir zurück in den Zustand der Sklaverei. Ich kann diesen Zustand nicht anders nennen, denn dann verliert der Mensch die Freiheit aufs neue, die wir ihm jetzt glücklich zurückgegeben haben. Dann verlieren wir wieder die freie Konsumwahl, die freie Berufswahl und alle Erregenschaften einer wahrhaft demokratischen Ordnung. Dann kommen wir wieder zurück in die Planwirtschaft, die stufenweise, aber sicher zur Zwangswirtschaft, zur Behördenwirtschaft bis hin zum Totalitarismus führt.

Hoffnung auf eine neue Phase internationaler Zusammenarbeit

Ich sagte, wir sind jetzt endlich in der Lage, die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit sowohl dem deutschen Volke gegenüber als auch nach außen unter Beweis zu stellen. Wenn Sie unter Berücksichtigung der bereits bestehenden Steuern bedenken, welche Lasten wir durch den Lastenausgleich noch zu tragen und wie viele Schäden und Wunden wir noch zu heilen haben, dann ist leicht zu erkennen, daß für eine Kapitalbildung darüber hinaus aus eigener Kraft nur wenig Raum bleibt, und daß wir allen Grund haben, allen denen in der Welt zu danken, die bereit sind, uns durch ihre Hilfe aus der Verstrickung zu lösen. Wäre es tatsächlich so, daß wir allein stünden, dann bedeutete der deutsche Wiederaufbau ein so dornenvolles Beginnen, daß wir verzweifeln müßten, das Ziel jemals zu erreichen. Ich glaube, wir müßten dann damit rechnen, aus dem Verband der zivilisierten Völker auszuscheren, und uns bliebe nichts anderes übrig, als eben in der Primitivität unser Genüge zu finden. Mit den Forderungen oder besser gesagt mit den Wünschen, die wir an die Besatzungsmächte und darüber hinaus an die ganze Welt zu richten haben, verbindet sich selbstverständlich die Verpflichtung der Dankbarkeit und der Anerkennung einer Hilfeleistung, die es uns doch ermöglicht, in wesentlich rascherem Tempo, mit größerer Zielsicherheit und mit berechtigter Hoffnung auch wieder an unsere deutsche Zukunft zu glauben. Daß sich dabei noch manches wandeln wird, daß dann auch die Besatzungskosten und die Demontagen in einem ganz neuen Lichte erscheinen werden, kann angenommen werden, ohne daß dieses Thema hier weiter diskutiert zu werden braucht.

Aber wenn Deutschland nicht nur für sich selbst zu einer Gesundung kommen soll, sondern wenn es darüber hinaus teilhaben darf an dem europäischen Wiederaufbau, dann kann sich seine Leistung nicht im Export von Kohle, Holz und Schrott erschöpfen; dann müssen wir auf Grund der spezifisch deutschen Begabung auch die Güter der Welt darbieten dürfen — und sie muß bereit sein, jene Güter aufzunehmen —, die Deutschlands Stellung in der internationalen Arbeitsteilung im Kreise der Völker begründet haben.

Jedes Mittel, das geeignet erscheint, uns zu zwingen, den deutschen Wirtschaftsapparat von Spekulationen frei zu machen, ist uns recht. Aber wenn wir unsere deutsche Arbeit friedlichen Zielen zur Mehrung der sozialen Wohlfahrt widmen können und

einen Beitrag zum europäischen Wiederaufbau und zur Befriedung Europas leisten wollen, so hoffen wir damit in eine neue Phase der internationalen Zusammenarbeit einzutreten.

Der Optimismus, der aus meinen Worten vielleicht sehr deutlich zu Ihnen gesprochen hat, gründet sich darauf, daß ein Volk, das keinen anderen Willen hat, als mit ehlichem Herzen, aber dann auch mit freier Stirn, seine Lebensrechte zu verteidigen, erkennt, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann durch ehrliche Leistung, durch die harte Arbeit aller Einzelnen, im treuen Zusammenstehen eines Volkes, das weiß, daß es um seine Existenz geht, und daß wir heute nur ein Ziel haben dürfen — alle zusammen über alle Parteien hinweg —, **unser Volk gesunden zu lassen und ihm die Lebensgrundlage für die Zukunft, für uns und für unsere Kinder, sicherzustellen.**

Ich glaube, dann ist Optimismus berechtigt. Es wäre frevelhaft, wenn ich damit die Hoffnung erwecken wollte, als ob wir schon mit einem Sprunge daran wären, alle Not zu überwinden. Das vermag keine Wirtschaft, sie mag konstruiert und geordnet sein, wie sie wolle, ob Marktwirtschaft oder irgendeine Form der Planwirtschaft. Gottseidank, muß ich sagen, kann über diese materiellen Gegebenheiten niemand vorbeigehen, und wehe dem Volk, das sich durch Demagogen verblenden läßt, um die Wahrheit nicht erkennen zu wollen und nicht erkennen zu dürfen. Wir haben so gesehen zweifellos einen harten und dornenvollen Weg vor uns. Aber wen die Arbeit nicht schreckt, auch dann nicht, wenn sie noch nicht die gleichen Früchte zeitigen kann, wie wir das von früher gewohnt sind oder wie vielleicht der Einzelne neid erfüllt empfinden mag, wenn er auf benachbarte Völker blickt, — wer sich frei davon weiß, wer gegen sich selbst ehrlich und sich auch dessen bewußt ist, daß wir die Sünden der Vergangenheit an uns selbst wieder gutzumachen haben durch unser eigenes Opfer und unseren Fleiß, den kann dieser Weg, diese Not nicht schrecken. So gesehen ist also der Optimismus wohl berechtigt.

Mein Referat soll nicht den Eindruck erwecken, als ob ich aus dem Sektor der Wirtschaft heraus das Allheilmittel für alle unsere gesellschaftlichen und sozialen Nöte finden möchte. Ich bin weit davon entfernt. Lassen Sie mich einen Vergleich anführen: So wie der einzelne Mensch seines physischen Lebens bedarf, um überhaupt im göttlichen Sinne Mensch zu sein, um seinen Geist und seine Seele entfalten zu können, so ist es auch im Leben eines Volkes. Die Wirtschaft ist, wenn Sie so wollen, vielleicht das Primitivste, aber sie ist das Unentbehrliche, und erst auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft kann auch die Gesellschaft ihre eigentlichen und letzten Ziele erfüllen. Diese Grundlage muß also gesund sein, wenn nicht schon von dort aus die Verzerrung und die Zerreißung eines Volkes stattfinden soll. **Der Wirtschaft die geistige, die seelische und materielle Ausrichtung zu geben, das ist zuletzt Sache der Politik, Sache der Gesellschaft. Politik ist so gesehen der inkarnierte Wille der Gesamtheit des Volkes.**

Wohin der Weg auf dieser Ebene gehen wird — wer vermag es mit aller Sicherheit zu sagen? Sicher ist das: **Der Termitenstaat mit seelenlosen Menschen ist nicht die uns gemäße Form eines organisch gegliederten gesellschaftswirtschaftlichen Lebens. Wir brauchen die verpflichtende Hingabe des Einzelnen an das Staatsganze. Wenn wir den Weg und das Ziel erkennen, dann mag uns auch die Gnade zuteil werden, das Werk zu vollbringen. (Langanhaltender Beifall!)**

Währungsreform — Steuereform — Lastenausgleich

Referat von Alfred Hartmann.

Die Arbeiten des Wirtschaftsrats und der bizonalen Verwaltung in Frankfurt sind so manchmal verkannt oder zum Teil so wenig bekannt geworden — was sicher zum größten Teil an der Unzulänglichkeit der Papierzuteilung gelegen hat —, daß ich mit besonderem Dank an Herrn Dr. Adenauer die Gelegenheit für uns begrüße, hier zu Ihnen zu sprechen. Ich möchte, da die Tagesordnung ein wenig durcheinander geraten ist, mich bemühen, innerhalb des Rahmens der ursprünglich geplanten Zeit von 45 Minuten zu bleiben, und bitte Sie daher zu entschuldigen, wenn ich einige Fragen sehr kurz im Telegrammstil und vielleicht die eine oder andere Frage, die Ihnen wichtig erscheint, gar nicht behandeln werde.

Zur Währungsneuordnung darf ich nur ein Wort des Rückblicks sagen, nach dem Professor Erhard, der maßgebend daran beteiligt war, die Dinge schon gesagt hat, die sich aus der neuen Währung für unser Wirtschaftsleben ergeben. Es ist hier ein Wort der Klarstellung nötig. **Die Währungsreform, welche die Alliierten Ende Juni verkündeten, beruhten zum größten Teil nicht auf den Vorschlägen der deutschen Sachverständigen.** Wir haben in einer Reihe von wesentlichen Punkten andere Vorschläge gemacht, und nach unserer Ueberzeugung wären manche Reibungen und Schwierigkeiten, die jetzt entstanden sind oder noch entstehen werden, z. B. beim Lastenausgleich, vermieden worden, wenn man unsere wohlwollenen und begründeten Vorschläge sich zu eigen gemacht hätte. Ich habe seit längerer Zeit die Absicht, den Homburger Plan zu veröffentlichen. Er ist in Druck und soll in Kürze der gesamten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Oeffentlichkeit hat ein Recht darauf, festzustellen, was die besten deutschen Sachverständigen, die wir auf diesem Gebiete haben, in 8 Monaten erarbeitet hatten.

In diesen Zusammenhang gehört noch ein weiterer Punkt. Sie wissen, daß die Sicherung der neuen Währung Aufgabe der Bank Deutscher Länder ist. Die Bank Deutscher Länder ist ein trizonales Organ, das der Aufsicht der ebenfalls trizonalen alliierten Bankkommission untersteht. Es ist klar, daß eine Währung, die für drei Zonen gilt, auch trizonal gesteuert werden muß. Aber wir spüren immer wieder in Frankfurt die Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß zwischen dieser Bank und den für die gesamte Kredit- und Finanzpolitik in Frankfurt verantwortlichen Organen des Wirtschaftsrats, Länderrats und nicht zuletzt des Verwaltungsrats keine organische Verbindung besteht. Sie werden selbst in der täglichen Arbeit immer wieder sehen: wenn es sich um bestimmte Auswirkungen von Währungs- oder Kreditfragen handelt, dann gehen Sie an die Finanzminister, und in Frankfurt geht man an den Direktor für Finanzen; die Landtage beschäftigen sich damit und der Wirtschaftsrat; aber dann hört es auf. **Da fehlt eine Verbindung, welche diese bizonalen Behörden mit der Bank Deutscher Länder in den nötigen Kontakt bringen, damit Entscheidungen vermieden werden, für welche die politisch-parlamentarische Verantwortung bei uns liegt.** Wir wollen hoffen, daß sich durch den Anschluß der französischen Zone eine bessere Verbindung ergibt. Ich bekomme laufend Briefe mit Beschwerden, die ich nur an die Bank Deutscher Länder als allein zuständig weitergeben kann.

Dabei möchte ich erwähnen, daß der Verwaltungsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes die Auszahlung der vollen Kopfquote beantragt hat. Das war auch in dem Währungsgesetz zugesagt worden und wird zurzeit erfüllt. Sie wissen, daß das

zu ernstlichen Ueberlegungen geführt hatte, ob wir der Volkswirtschaft noch einen solchen Zustrom von Kaufkraft auferlegen können. Wir haben uns hier auf den Rechtsstandpunkt gestellt, zumal wir glauben, daß die Masse derjenigen, die gar nichts mehr hat und auf die Kopfquote angewiesen ist, so groß ist, daß man diese währungsmäßigen Bedenken zurückstellen sollte.

Innerhalb von vier Jahren neue Banknoten

Es kommen jetzt immer wieder Gerüchte, als ob ein neuer Banknotenumtausch etwa zum Ende des Jahres vorgenommen würde. Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um mich ganz entschieden dagegen auszusprechen. Im Währungsgesetz ist vorgesehen, daß innerhalb von 4 Jahren neue Banknoten ausgegeben werden. Die jetzigen Banknoten geben nicht den Namen des Ausstellers an und haben keine Unterschrift. Das erklärt sich aus der Entstehungsgeschichte; die Banknoten mußten gedruckt werden, ehe die Emissionsbank feststand. Es ist klar, daß innerhalb der 4 Jahre die endgültigen Banknoten kommen müssen. Aber wir können nicht nach dem östlichen Muster alle 3 oder 6 Monate einen Umtausch vornehmen. Man will die Hortungs-Frage dadurch aufröllen, aber dafür gibt es andere Mittel und Wege.

Jedenfalls, nachdem wir den Weg in die Marktwirtschaft genommen haben, können wir nicht in Methoden der Zwangswirtschaft zurückfallen und alle paar Monate aus irgendwelchen Gründen mit einem Banknotenumtausch eine unerträgliche Beunruhigung in der Wirtschaft hervorrufen.

Im Juni haben wir umfassende Steuergesetze bekommen, und zwar in der Form von Gesetzen der Militärregierung. Diese Form war notwendig, weil die Steuergesetze für die drei Westzonen einheitlich gelten mußten. Die Form ist also die eines Militärregierungsgesetzes; der Inhalt war aber im wesentlichen in der deutschen Gesetzgebung erarbeitet worden. Allerdings in einigen sehr wichtigen Punkten haben die Verhandlungen zwischen den Militärregierungen, insbesondere mit der französischen Militärregierung, zu Bestimmungen geführt, die als Verschlechterung der Gesetze empfunden worden sind und auch solche bedeuten. Ich brauche nur an die sehr starken Einschränkungen bei der Einkommenssteuer zu erinnern und an die geringe Senkung der Tabaksteuer unter Hinausschiebung des Inkrafttretens bis zum 1. 12. 1948. Wenn ich die Stimmen der Enttäuschten aus den Kreisen der Wirtschaft höre, möchte ich aber auch daran erinnern, daß vielleicht 6 Monate früher noch niemand sich ernsthaft vorgestellt hätte — als wir damals unter der Herrschaft der Kontrollratsgesetzgebung standen —, daß schon im Sommer dieses Jahres ein umfassendes Gesetzgebungswerk aus deutscher Beratung heraus ergehen würde, das zwar bei weitem nicht alle Wünsche befriedigt, das aber vielleicht doch als erster Anfang zu einer vernünftigen Regelung angesehen werden kann. Zurzeit sind wir mit der Neuregelung der Verbrauchssteuern beschäftigt. Dazu gehört nicht nur die Kaffeesteuer, die sich ja besonderer Beliebtheit erfreut. Auch die Tabaksteuer, die im Juni äußerst unbefriedigend geregelt worden war, und die Bier- und Branntweinsteuer gehören dazu. Die Kaffeesteuer erhielt einen Steuersatz von 30.— M, weil wir damals vor der Währungsreform nicht wissen konnten, wie sich der Markt entwickeln würde. Denn es wäre nicht möglich gewesen, etwa eine niedrigere Kaffeesteuer nünmehr heraufzusetzen, sondern wir wollten den Beweis haben, bis zu welcher Höhe man gehen könnte; dieser Beweis ist nun erbracht worden. Eine Kaffeesteuer in dieser Höhe ist unmöglich. Bei der Tabaksteuer wollen wir wieder auf die Vorlage zurückgehen, die wir im Juni beschlossen haben und die

nach unserer Ansicht ausgewogen war. Bei der Bier- und Branntweinsteuer wollen wir auch auf relativ mäßige Sätze heruntergehen. Hier habe ich im Frühjahr nichts unternommen, weil die Frage der Zurverfügungstellung der Rohstoffe damals nicht gelöst werden konnte. Wenn die Militärregierung sich nicht entschließt, für die Herstellung von Bier- und Branntwein die entsprechenden Rohstoffe zu Verfügung zu stellen — und ich glaube, die reichliche Ernte dieses Jahres gibt die Möglichkeit dazu —, dann kommen wir mit der Steuersenkung allein auch nicht weiter. Wenn wir aber beides zusammen haben, und das erhoffen wir, werden wir dadurch eine Versorgung der Bevölkerung zu tragbaren Steuersätzen und eine Versorgung der Kassen der Länder und damit auch der Kommunen schaffen, welche immerhin für die nächste Zukunft eine Erleichterung bringt. Der Wirtschaftsrat hat diese Gesetze in Form einer Empfehlung an die Militärregierungen angenommen. Die Militärregierungen müssen also genau wie im Juni die Gesetze wieder erlassen, da sie ebenfalls trizonal einheitlich erlassen werden sollen. Der Länderrat wird sich in den nächsten Tagen damit befassen, so daß im Laufe der nächsten oder übernächsten Woche, falls die Zustimmung der Militärregierungen erfolgt — eine verbindliche Aeußerung ist jedoch noch nicht ergangen —, die Verbrauchssteuersenkung auf den drei großen Gebieten verkündet werden könnte.

Um eine Steuerreform

Wir prüfen ferner den Plan einer Betriebsbesteuerung, d. h. einer einheitlichen Besteuerung aller Unternehmen ohne Rücksicht auf die Rechtsform. Sie wissen, daß seit langer Zeit es Gegenstand eines erbitterten Streites ist, wenn je nach dem Stande der Gesetzgebung entweder die Personalunternehmen (die Einzelfirmen, die Offenen Handelsgesellschaften oder Kommanditgesellschaften) oder die Aktiengesellschaften, G. m. b. Hs usw. steuerlich bevorzugt werden. Dann erfolgten Umgründungen und Verschiebungen. Das ist natürlich außerordentlich ungesund. Es muß unser Ziel sein, die mittelständischen Unternehmen, deren Tätigkeit sich am besten in der Form von Personengesellschaften abspielt, steuerlich so zu stellen, daß sie wieder die erforderlichen Investitionen machen und die Modernisierungen vornehmen können, die ihnen den Wettbewerb auf dem Weltmarkt ermöglichen. Wir werden also prüfen, ob zu diesem Zweck eine neuartige Form der Besteuerung aller Betriebe erreicht werden kann. In diesen Rahmen gehört auch die Frage einer Annäherung der Steuerbilanz an die Handelsbilanz, eine alte Frage, die nunmehr wieder aufgegriffen werden muß. Die Mitteilung von Professor Erhard über die neuartige Methode, wie er im Zusammengehen von Industrie, Handel und Gewerkschaften die Herstellung von Stapelware, von billigen, qualitativ einwandfreien Typen in Gang bringen will, wird Sie besonders interessiert haben. Ich möchte betonen, daß die Verwaltung für Finanzen in der Lage ist, auch von der Steuerseite diese Bestrebungen zu unterstützen. Wir haben in England eine Verkaufssteuer, welche Gegenstände nicht nur des Luxus-, sondern auch des entbehrlicheren Bedarfs durch hohe Steuersätze belastet, wodurch es möglich gewesen ist, nachdem eine direkte Wirtschaftslenkung nicht mehr besteht, auf indirektem Wege die Produktion zu lenken. Wir haben bei uns zurzeit die Tendenz, daß gewisse Rohstoffe in die Verarbeitung zu Luxuswaren oder nicht unbedingt notwendigen Waren gehen, weil dort eben in höherem Maße Gewinnmöglichkeiten bestehen. Wenn wir daher, um vom Leder zu sprechen, auf Arbeitsschuhe und Gebrauchsschuhe keine Verbrauchssteuer legen, dagegen Lederkoffer, Damenhandtaschen, Aktentaschen und ähnliche Dinge mit einer

kräftigen Steuer belegen, haben wir durch die Variabilität der Steuersätze die Möglichkeit, die Lenkung der Produktion von heute auf morgen je nach den Erfordernissen, insbesondere auch nach der Rohstoffversorgung aus dem Ausland, in die Hand zu nehmen. Auch diese Fragen werden zurzeit in der Verwaltung für Wirtschaft eingehend geprüft.

Die endgültige große Steuerreform, auf welche die Wirtschaft angewiesen ist, können wir, glaube ich, erst durchführen, wenn wir über den Lastenausgleich Klarheit geschaffen haben und wenn Preise und Löhne sich einigermaßen eingespielt haben. Auch im Jahre 1925 ist die damalige Steuerreform, der man einen relativen Ewigkeitwert beimaß, erst 1½ Jahre nach der Währungsreform ergangen. Es bleibt aber das Ziel, sobald das Wirtschaftsleben sich stabilisiert hat, sobald das Preis- und Lohnniveau und das Verhältnis zu den Weltmarktpreisen sich übersehen lassen, die ganze Steuergesetzgebung zu einer organischen Lösung zu bringen.

Zu den Geld- u. Kreditfragen möchte ich nicht mehr sehr viel sagen, nachdem Professor Erhard aus den Zusammenhängen, die sich für die Wirtschaft nach der Währungsreform ergaben, schon das wichtigste dargelegt hat. Es wird Sie interessieren, daß das Gesetz über die Gründung einer Kreditanstalt für den Wiederaufbau in den nächsten Tagen vom Wirtschaftsrat verabschiedet werden wird. Es hat dann noch der Länderrat zu billigen, so daß das Gesetz im Laufe des Septembers verkündet werden wird. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau soll nicht eine neue Bank werden, welche den bewährten Spezialbanken Konkurrenz machen soll; sie soll nur eine Art von Kapitalleitstelle sein, welche versucht, das Kapital da aufzunehmen, wo sie es bekommen kann, um dann neu zu gründende Spezialinstitute auf dem Gebiet der Industrie, der Landwirtschaft und der Bauwirtschaft, aber auch die bestehenden großen Institute auf dem Gebiet des Hypothekarkredits mit Mitteln zu versorgen.

Zuständigkeit des Bundes und der Länder

Ueber die Verfassungsfragen ist in Presseberichten einiges aus Herrenchiemsee gemeldet worden, was die sehr wichtige Frage der Finanzverfassung angeht. Zur Zuständigkeit des Bundes und der Länder darf ich als ganz unbestritten herausstellen, daß wir wieder eine einheitliche Rechtssprechung auf dem Gebiet des Steuerrechtes haben müssen. Wir brauchen wieder das, was früher der Reichsfinanzhof gewesen ist, was er in der Zeit der Zwanziger- und Dreißiger Jahre war, unabhängig und vom wirtschaftlichen Geist erfüllt. Die Frage der einheitlichen Finanzverwaltung hat heute morgen in der Diskussion schon angeklungen. Es ist sicher technisch die einfachste und wirksamste Lösung, nach dem Muster der Erzbergerschen Finanzreform die einheitliche Tätigkeit der Reichssteuer- und Reichszollverwaltung wieder ins Leben zu rufen. Aber ich bin nicht ganz sicher, ob es in diesem Augenblick dem Gebot politischer Klugheit entspricht, das technisch Richtige auch verwirklichen zu wollen. Sie wissen, daß in Süddeutschland sich wieder Länderfinanzverwaltungen gebildet haben, die, wie überhaupt die ganzen süddeutschen Länder, ein sehr starkes, gewachsenes Eigenleben haben. Das gleiche gilt für die französische Zone. Das sind Dinge, die man manchmal aus dem Nordwesten heraus nicht ganz in der Deutlichkeit sieht, aber es sind historische Gegebenheiten, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Ich glaube, wenn wir auf anderen wichtigen Gebieten zu einer Verständigung über die Verfassungsfragen, insbesondere über die Finanzfragen, kommen, dann sollte man sie an der Frage der Verwaltung nicht scheitern lassen.

Es ist klar, daß auf den Steuerebenen, über die später der Bund einmal einheitlich das Gesetzgebungsrecht haben wird, auch der Bundesfinanzminister ein Anweisungsrecht haben muß. Denn sonst wären es 11 oder mehr Finanzminister, die über die Tabaksteuer, Biersteuer usw. verschiedene Bestimmungen erlassen könnten. Das braucht jedoch nicht unbedingt die Frage der Verwaltung zu berühren. Ich möchte es für möglich halten, daß auch bei einer Verwaltung, die Sache der Länder ist, ein einheitliches Anweisungs- und Kontrollrecht des Bundesfinanzministers für die erforderliche Einheit in der Durchführung der Steuergesetze sorgen kann. Es scheint Uebereinstimmung darüber zu bestehen, daß die Gesetzgebung über die Zölle und Verbrauchssteuern und über die Umsatzsteuer Sache des Bundes sein soll. Es ist davon gesprochen worden, bei der Einkommenssteuer und bei der Vermögenssteuer durch den Bund nur Rahmengesetze zu erlassen, die dann hinsichtlich der Freigrenze und der Tarife durch die Länder ausgefüllt werden sollen.

Ich muß offen sagen, ich kann mir so etwas kaum vorstellen. Man kann zwar ein Gesetz dieses Inhaltes machen, ich kann mir nicht denken, daß in zwei benachbarten Ländern ein anderes Einkommenssteuergesetz oder andere Einkommenssteuersätze gelten sollten. Es werden nicht nur die Handelsbetriebe dahin ziehen, wo die niedrigen Steuersätze sind, auch ein Industriebetrieb kann sich eine Verkaufsgesellschaft zulegen, durch die er dann die Steuervergünstigungen in Anspruch nehmen kann. Wir haben in dem Militärregierungsgesetz im Juni die einheitliche Gesetzgebung über Einkommens-, Körperschafts-, Vermögens- und andere Steuerarten gehabt. In dem Gesetz ist ein Zuschlagsrecht für die Länder vorgesehen, das den Gedankengängen der Militärregierungen entsprungen ist. Ich weiß nicht, ob ein solches Zuschlagsrecht praktiziert werden kann. Man kann vielleicht 1 oder 2 Prozent hinzusetzen, aber dann lohnt sich die Arbeit nicht. Wenn die Einkommen in Mainz um 10 oder 15% höher besteuert werden als in Wiesbaden, so wäre das eine wirtschaftliche Unmöglichkeit. Ich halte daher die praktische Bedeutung dieser Zuschläge für nicht sehr erheblich.

Zusammenfassend würde es so sein: Einheitliche Gesetzgebung auf den Gebieten der grundlegenden Steuern, einheitliche Rechtsprechung. Die Verwaltung würde, wenn politische Gründe dafür ausschlaggebend sein sollten, Sache der Länder sein. Es müßte aber eine einheitliche Anweisungsbefugnis der Zentrale und eine gewisse Kontrollmöglichkeit vorhanden sein, um die Einheitlichkeit der Anwendung zu sichern. Was die Steuerquellen betrifft, so besteht Uebereinstimmung darüber, daß die Zölle und Verbrauchssteuern der Zentrale zufließen müssen. Wir haben jetzt die größten Schwierigkeiten, weil der Brantwein da erzeugt und woanders verarbeitet wird, weil in einem Lande der Tabak wächst und er in einem anderen Lande verarbeitet wird. Derartige Dinge sind völlig unmöglich.

Zur Frage des Finanzausgleichs

Schon vor mehr als 100 Jahren floß im Deutschen Zollverein das Aufkommen von Zöllen und Verbrauchssteuern in die zentrale Kasse und wurde, soweit es dort nicht benötigt wurde, auf die Länder nach der Bevölkerungszahl verteilt. Dasselbe dürfte auch für die Umsatzsteuer gelten. Wir stehen jetzt gerade vor einem Punkt, wo die Frage des Finanzausgleichs ein ungeheures Gewicht erhalten hat. Bisher in der Papiermarkzeit ist seit zwei Jahren der Finanzausgleich zwischen den Ländern verhandelt worden; aber nun, glaube ich, brennt uns die Frage auf den Nägeln.

Lassen Sie sich vom schleswig-holsteinschen Finanzminister sagen, wie außerordentlich stark die notwendigsten Ausgaben für die Flüchtlinge und die Besatzungslasten seine Kasse beanspruchen, so daß er im September kaum noch weiß, wie er die normalen Staatsausgaben ohne Hilfe anderer Ländern bewältigen kann. **Daher muß diese Frage des Finanzausgleichs jetzt angepackt werden, und zwar schnellstens.** Es geht nicht mehr so weiter, daß das eine Land, das zufällig eine ungeheure Menge von Flüchtlingen hat oder in dem die Besatzungskosten oder die Kriegsschäden aus irgendwelchen Gründen eine besondere Höhe haben, nun allein mit diesen Problemen fertig werden soll; denn alle anderen notwendigen Ausgaben würden darunter leiden. Ueber die Frage eines Ausgleichs der Besatzungskosten und der kriegsbedingten Fürsorgeleistungen war zwischen den Ländern eine Einigung erzielt worden. Ich hoffe, daß sie bald in Kraft treten wird.

Was die Besatzungskosten betrifft, so wäre es wohl das richtigste, daß sie zentral verausgabt würden, damit nicht jedes Land sich mit diesen Dingen mehr oder weniger erfolgreich herumzuschlagen hat, sondern — wenn erst einmal eine Rechtsgrundlage für Maß und Umfang der Besatzungskosten gefunden worden ist — die Zentrale die Sorge der finanziellen Aufbringung dafür hat.

Stichtag für den Lastenausgleich: 21. 6. 48

Nun zum Lastenausgleich: Ich darf zunächst mitteilen, daß am Donnerstag zum ersten Male ein trizonaler 15-er-Ausschuß getagt hat, ein Ausschuß, der sich aus 6 Finanzministern, 2 für jede Zone, und aus 9 Abgeordneten zusammensetzt, 6 Abgeordneten der Bizone und 3 Abgeordneten der französischen Zone. Ich betone: „trizonal“. Sie wissen, daß die französische Zone sehr wenig Flüchtlinge aufgenommen hat und daß sie weniger Kriegsschäden im Durchschnitt als die anderen beiden Zonen hat. Aber ich glaube, — man braucht das nur anzudeuten —, es wäre völlig unmöglich, daß der Lastenausgleich in der französischen Zone anders geregelt würde als in der Bizone. Das ist auch die Meinung unserer Freunde aus der französischen Zone, sowohl die ihrer Finanzminister wie die ihrer Abgeordneten; das wurde ausdrücklich gesagt. Natürlich ist der 15-er-Ausschuß ein formloser Ausschuß; denn die Frankfurter Organe sind nur bizonal, und gerade, wenn man es für notwendig hält, daß die französische Zone dabei vertreten sein muß, muß der Ausschuß sich in formloser Weise zusammensetzen und beraten. Er kann also kein Gesetz beschließen. Was der Ausschuß erarbeitet hat, muß auf dem normalen Wege vom Wirtschaftsrat und Länderrat in Frankfurt und von den drei Landtagen der französischen Zone zum Gesetz erhoben werden. Der Ausschuß hat drei Unterausschüsse eingesetzt, die ununterbrochen tagen. Der Ausschuß selbst wird am nächsten Freitag seine zweite Sitzung abhalten. Meine Verwaltung hat eine umfangreiche Denkschrift gefertigt, die keinerlei Gesetzesvorschläge oder Formulierungen enthält, wie in der Presse gesagt wurde, sondern die nur das gesamte zum Lastenausgleich vorliegende Material übersichtlich und mit Für und Wider dargestellt hat. Es ist nach der Flut der Veröffentlichungen der letzten Monate unbedingt nötig, eine solche handliche Zusammenstellung zu haben. In einem Anhang sind die Wünsche und Denkschriften der wichtigsten Organisationen der vom Lastenausgleich Betroffenen und das bisher erarbeitete statistische Material zusammengestellt. Ich habe gestern abend dafür gesorgt, daß diese Denkschrift im vollen Text veröffentlicht wird. Das ist meines Erachtens die richtige Methode, um unzureichender Berichterstattung infolge Kürze oder auch aus anderen Gründen zu begegnen, und ich bin

sicher, daß unsere ernsthafte Presse, besonders die sehr hochstehende Wirtschaftspresse, die Möglichkeit haben wird, dieses Material in möglichst großem Umfange zur allgemeinen Urteilsbildung zu veröffentlichen. Darauf kommt es ja an, daß das angegebene Zahlenmaterial nunmehr in den breitesten Kreisen bekannt wird. Es ist heute eine Pressemeldung erschienen in der „Rheinischen Post“, in der es heißt, die Vermögensabgabe wird für eine volle Entschädigung ausreichen. Es handelt sich dabei offenbar um ein Versehen. Ich habe über dieselbe Sitzung eine DPD-Meldung in der Westfalen-Zeitung gelesen, daß die Vermögensabgabe für eine volle Entschädigung nicht ausreichen wird, auch die nächste Generation werde noch zum Tragen der Kriegskosten mit herangezogen werden müssen. Diese Meldung ist natürlich richtig, und das gibt mir Veranlassung, bei Ihnen in Kürze den einen oder andern Punkt zu berühren, über den man sich Klarheit verschaffen sollte. **Man muß an die Spitze den Satz stellen, daß der Ausgangspunkt für den Lastenausgleich der 21. 6. 1948 ist und kein späterer Zeitpunkt.** Unsere Wirtschaft kann nicht zur Ruhe kommen, wenn immer wieder in der Öffentlichkeit behauptet wird, der Lastenausgleich würde auf den 31. Dezember dieses Jahres oder wer weiß auf welchen Zeitpunkt gelegt werden. Eine Neubewertung aller Vermögenswerte, des Grundvermögens, der Häuser, der Landwirtschaft usw., würde mehr als ein Jahr dauern. Ausgangspunkt muß also der 21. 6. 48 sein. Die Wirtschaft muß so schnell wie möglich darüber klar werden, welche Lasten — und diese Lasten werden sicher beträchtlich sein — sie zu tragen hat. Dann erst kann das Wirtschaftsleben wieder beginnen, wie Prof. Erhard ausführte, und kann innerhalb der Marktwirtschaft seinen natürlichen Gang nehmen.

Sofortprogramm zur Ueberwindung der Not

Ich habe eben erwähnt, daß eine völlige Neubewertung sehr lange Zeit in Anspruch nehmen würde. Dazu kommt noch eine Reihe anderer Umstände, welche eine volle Lösung des Problems in sehr kurzer Zeit nicht gestatten. **Daher müssen wir ein Sofortprogramm ins Auge fassen.** Das ist auch eine dringende politische Forderung. Die Not der Flüchtlinge und Vertriebenen, die Not der Totalgeschädigten, die Not, die in manchen Gruppen der Neugeschädigten, der Währungsgeschädigten herrscht, ist zum Teil so groß, daß alles daran gesetzt werden muß, um noch vor dem Eintritt des Winters zu beweisen, daß es uns mit dem Lastenausgleich ernst ist. Im Wege von Vorauszahlungen auf den Lastenausgleich müssen Mittel gewonnen werden, um wenigstens im Rahmen eines Sofortprogramms einmal diejenigen, die alt und arbeitsunfähig sind, mit dem Notdürftigsten zu unterstützen und um zweitens eine Aktion zur Wiederbeschaffung von Hausrat in die Wege zu leiten. In dieser Richtung liegt auch der Gedanke, der von Prof. Erhard eben auch auf dem Gebiete der Typenherstellung von Möbeln entwickelt wurde. **Ich glaube, wir dürfen überhaupt nicht immer nur die negative Seite des Lastenausgleichs betonen, die Vermögensbelastung und die Vermögenszuwachssteuer, die ich auch für eine Notwendigkeit halte, sondern wir müssen sie durch positive Maßnahmen der Wirtschaftspolitik so schnell wie möglich ergänzen.** Der Wohnungsbau muß mit aller Energie vorwärts getrieben werden. Die Baustoffe dafür stammen ja zum größten Teil aus deutscher Erzeugung. Die Siedlung muß vorangetrieben werden; was gerade die ländlichen Flüchtlinge brauchen, ist Land. Wenn wir jetzt an die Arbeit herangehen, um ein Sofortprogramm zur Linderung der dringendsten Not so schnell wie möglich zu verabschieden, dann wollen wir daneben nicht vergessen, daß wir vor

allem im Rahmen unserer jetzigen neuen Wirtschaftspolitik die positiven Faktoren vorantreiben müssen.

Was hilft die schönste Rente, wenn wir den Flüchtlingen nicht endlich eine menschenwürdige Wohnung und den Hausrat in die Wohnung, und den ländlichen Flüchtlingen die Möglichkeit zur Siedlung, zu einem kleinen Anwesen mit etwas Vieh geben können. (Starker Beifall).

Auf die Gefahr hin, mich in manchen Kreisen unbeliebt zu machen, muß ich Ihnen einige Zahlen nennen. Diese Zahlen sind nicht endgültig. Es ist leider in der Vergangenheit verabsäumt worden, sowohl die Höhe der Schäden wie die Höhe des Volksvermögens festzustellen. Wir haben versucht, anhand der vielen vorliegenden Schätzungen uns ungefähr ein Gesamtbild davon zu machen. Das ergibt die betrübliche Zahl, daß einem Volksvermögen in den 3 Westzonen von etwa 80—85 Milliarden, Schäden von mindestens 200 Milliarden entgegenstehen. **Wenn Sie also dieses Volksvermögen nicht nur mit 50%, sondern sogar mit 100% belasten würden, kann man sich ausrechnen, welch relativ geringe Quote bei einer Verteilung des gesamten aktiven Vermögens auf alle Schäden zur Verteilung kommen würde.** Wir haben ferner geprüft, wie es mit dem Sofortprogramm werden würde, wenn wir von jedem Vermögenden eine Vorauszahlung in Höhe von 2% pro Jahr erheben würden. Es ist nämlich nach meiner Ansicht viel wichtiger, sich nicht damit herumzuschlagen, ob man das vorhandene Vermögen mit einer Abgabe von 50, 60 oder 70 Prozent belegt; denn diese Abgabe ist nicht allein maßgebend, sondern es kommt auch auf die Höhe der Verzinsung und der Amortisation an. Alle Vermögensabgaben sollten zwar soweit wie möglich real entrichtet werden, bei der Landwirtschaft durch Abgabe von Land, und bei der Industrie, wenn das möglich sein sollte, in der Abgabe von Zweigen der Fabrikation. Wenn ein Bäckermeister 3 Filialen hat, kann er vielleicht eine abgeben. Ich weiß auch nicht, ob Industrie und Handel im Augenblick Bargeld oder Bankguthaben und Wertpapiere und Waren so flüssig haben, daß sie eine 50prozentige Vermögensabgabe zahlen können — das wäre mir äußerst willkommen, aber ich habe Zweifel daran. **Es wird aber wahrscheinlich nichts übrig bleiben, als einen großen Teil dieser Vermögensabgabe in Form einer Dauerbelastung zu erheben, und das ist ja auch dann für die zu Entschädigenden tragbar, indem man die Höhe des Betrags dieser Rente verzinst und amortisiert.** Wenn wir eine Realgabe haben, bin ich nicht sicher, daß gerade die besten Stücke abgegeben werden und ob der Entschädigte das abgegebene Stück brauchen kann. Schließlich haben wir ja das Geld wieder in seine Funktion als Universaltauschmittel eingesetzt, und es ist Aufgabe des Geldes, die Vermögensabgabe begleiten zu helfen und dem zu Entschädigenden die Mittel zu geben, sich eine Existenz wieder aufzubauen. Daher sage ich noch einmal: Wenn wir eine Verrentung haben, nicht aus bösem Willen, sondern aus der wirtschaftlichen Zwangsläufigkeit heraus, dann könnte beispielsweise der Vermögensbesitzer laufend einen Betrag zu zahlen haben, etwa 2% angenommen, (wobei ich weiß, daß 2% mehr als das ist, was im Durchschnitt in der Forstwirtschaft als Ertrag sich ergibt, und daß es bei der Landwirtschaft schon stark an den gesamten Reinertrag herankommt; in der Industrie sind die Gewinnspannen höher als 2%, aber 2% als laufende Abgabe für Jahrzehnte ist doch ein beträchtlicher Satz). Von 85 Milliarden Volksvermögen nach Abzug der Freigrenze und einiger Vermögensteile, die wir nicht belasten können, z. B. der Rathäuser, Amtsgerichte, Finanzämter, der Kirchen usw., würden diese 2% im Jahr einen Betrag von 1 400 000 000 DM ergeben. Demgegenüber stehen nach unserer Schätzung infolge

Kriegs- und Kriegsfolgeschäden, Währungsschäden usw. an unterstützungsbedürftigen Familieneinheiten etwa 2 250 000. Wenn wir annehmen, daß je Familieneinheit 1000 DM jährlich = 80 DM monatlich eingesetzt werden müssen, so ist das für eine Familie wohl zu wenig, macht aber schon den Betrag von 2 250 Millionen DM aus. Hieraus ersehen Sie, daß damit nicht auszukommen ist, sondern daß wahrscheinlich noch andere Wege gefunden werden müssen. Diese Wege werden zurzeit von dem trizonalen 15-er-Ausschuß in Bad Homburg untersucht. Dieser Ausschuß wird, sobald er sich selbst eine Grundlage für die Beratungen geschaffen hat, unmittelbar mit sämtlichen Organisationen der Geschädigten verhandeln, insbesondere mit den Flüchtlingen und Vertriebenen und Totalgeschädigten, den Verfolgten des Nazi-Regims usw. Ich darf die Bitte an Sie richten, wenn die Verbände an Sie herantreten sollten, sie an den 15-er-Ausschuß in Bad Homburg zu verweisen. Ich enthalte mich hier absichtlich eines weiteren Eingehens auf Einzelheiten des Lastenausgleiches, weil es nicht die Aufgabe meiner Verwaltung sein kann, hier schon Stellung zu nehmen für den einen gegen den anderen, für diese Art der Belastung gegen jene Art der Belastung und dgl. Das gerade ist die Aufgabe dieses trizonalen Ausschusses, in einem Abwägen von Für und Wider, nach Anhören aller an diesem Lastenausgleich Beteiligten, den Verfassungsmäßigen Organen, Vorschläge zu machen einmal für eine Sofortlösung und dann die Arbeiten an dem grundlegenden Lastenausgleich fortzuführen, eine Arbeit, die eine Reihe von Monaten braucht; denn es sind sehr schwierige Rechtsfragen, ganz abgesehen von den schließlich entscheidenden finanziellen Fragen, zu berücksichtigen, die außerordentliche Rückwirkung auf die gesamte Wirtschaftspolitik haben werden.

Ich bitte Sie, aus meinen Ausführungen das mitzunehmen, daß die grundlegenden Fragen des Lastenausgleichs bei meiner Verwaltung in Bad Homburg, insbesondere bei dem 15-er-Ausschuß, mit dem größten Ernst und mit aller Eindringlichkeit bearbeitet werden, und zwar mit größter Beschleunigung. Jede Woche, die hier verloren wird, ist nur denen Wasser auf die Mühle, die daran interessiert sind, die Konsolidierung der Verhältnisse in den Westzonen zu unterminieren. Deshalb bitte ich Sie, überzeugt zu sein, daß von uns aus alles geschieht, um diese Arbeit so schnell und gründlich wie möglich weiterzutreiben. Wir sind uns bewußt, wie sehr gerade die Zukunft unserer CDU davon abhängt, daß bei dieser Arbeit der Beweis erbracht wird, daß wir im Rahmen der alleräußersten Möglichkeit den berechtigten Ansprüchen aller am Lastenausgleich Beteiligten gerecht werden.

Der Mensch als Mittelpunkt von Staat und Wirtschaft

Referat von Anton Storch

Wenn ich Ihnen heute etwas über das soziale Programm oder das soziale Wollen der CDU sagen soll, dann müssen Sie sich darüber klar sein, daß wir unsere großen Aufgaben nur erfüllen können, wenn wir alle christlich eingestellten Menschen zu einer Einheit zusammenfassen. Das ist aber nur möglich, wenn wir sozial sind, d. h. den Menschen zum Mittelpunkt von Staat und Wirtschaft machen. **Wenn wir das nicht fertig bringen, wird unsere Partei niemals ihre Aufgabe zu erfüllen in der Lage sein.** Wir als deutsches Volk sind ja ein armes Volk geworden, und **das Gesicht des deutschen Menschen wird in den nächsten Jahrzehnten das Gesicht des arbeitenden Menschen sein.** Hier haben wir vor allem die Gruppen zu sehen, die in der nächsten Zeit die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes und eine neue deutsche Volkswerts substanz zu erarbeiten haben. Das sind die Menschen, die in der Landwirtschaft und in der gewerblichen Wirtschaft die Arbeit verrichten. **Das deutsche Volk muß in der nächsten Zeit sich selbst seine Lebensgrundlage erarbeiten.** So wie wir zurzeit stehen, daß wir die Bettler der Welt sind, ist ein Zustand, der nicht lange ertragen werden kann, wenn nicht das Selbstbewußtsein unseres Volkes immer mehr verschwinden soll.

Diese beiden Gruppen, die nunmehr die eigentlichen Grundpfeiler des deutschen Volkes sind, sind so auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden und verwachsen, daß es geradezu widersinnig wäre, wenn in unserem christlichen Volksteil diese beiden Gruppen nicht die engste Verbindung miteinander halten würden.

Alle die Hetze, die zurzeit wieder zwischen den Menschen in Stadt und Land getrieben wird, ist unmöglich und muß zu Zuständen führen, die niemals eine Gesundung unseres deutschen Volkes zulassen.

Wenn wir das klar erkennen, ergeben sich für uns natürlich Konsequenzen. Wir müssen, wenn wir den arbeitenden Menschen als die Grundlage für den Wiederaufbau Deutschlands ansehen, uns mit der Frage beschäftigen, welche Stellung soll er in der Zukunft im Wirtschaftsleben und im Volksleben haben. **So wie es in der Vergangenheit war, kann und darf es nicht weitergehen, wenn die breiten Volksschichten nicht an der Zukunft verzweifeln sollen.** Hier haben wir zwei Dinge ganz klar zu unterscheiden, einmal den arbeitenden Menschen in der Zeit, wo er in der Lage ist, seine Arbeitskraft einzusetzen, und zum anderen in der Zeit, wo er durch die Wechselfälle des Lebens nicht in der Lage ist, durch den Einsatz seiner Arbeitskraft die Lebensgrundlagen für sich und seine Familie zu erarbeiten.

Im ersteren Falle muß der arbeitende Mensch, soweit er keine selbständige Existenz hat, also abhängiger Arbeitnehmer in der Wirtschaft ist, eine Sicherstellung seiner Lebenshaltung dadurch bekommen, daß wir den heutigen Zustand beenden, daß er bei weitgehend freien Preisen in einer freien Wirtschaft mit gebundenen Löhnen unter dem Lohnstop arbeiten muß. Das sind Dinge, die vertragen sich nicht miteinander.

Wir werden die Aufgabe haben, in der allernächsten Zeit dahin zu wirken, daß das heutige System der Lohnbindung aufgehoben wird, und daß wir im Rahmen eines neuen Gesetzes über die Tarifverträge die Möglichkeit schaffen, daß wieder die Vertragskontrahenten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sich zusammensetzen, um in freien Verhandlungen das Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen zu suchen, die für unsere Gesamtwirtschaft und für das Einzelgewerbe tragbar sind.

Gesunde Relation zwischen Geldumlauf, Preisen und Löhnen

Glauben Sie nicht, daß ich vielleicht der Meinung wäre, daß wir jetzt in der Lage seien, in ganz ungehemmte Lohnbewegungen einzutreten. Das kann ein verantwortungsbewußter Mensch nicht, weil er weiß, daß zurzeit unsere Wirtschaft sich noch in einem Zustand befindet, daß sie nicht alles ertragen kann. Jede Lohnerhöhung, die wir in der Zukunft für die Gesamtwirtschaft durchführen, muß weitgehend durch Leistungssteigerungen der Wirtschaft ausgeglichen werden. Ich sage das hier bewußt, damit keine Irrtümer aufkommen können, denn es gibt heute schon so viele Menschen in Deutschland, die sagen, wenn in der nächsten Zeit der Lohnstopp aufgehoben wird, dann wird eine derartige Welle der Lohnbewegungen über die deutsche Wirtschaft gehen, daß eine Inflation unausbleiblich ist. Ich weiß aus meiner Tätigkeit im Wirtschaftsrat und aus meinen Verhandlungen mit den Direktoren in Frankfurt, die Sie ja gestern kennenzulernen die Ehre hatten, daß, wenn die Pläne von Frankfurt konsequent durchgeführt werden, d. h. wenn wir keine Ausweitung unseres Geldumlaufes zulassen, eine Inflation unmöglich ist. Dann wird sich aber auch jede ungesunde Lohnentwicklung hemmend für den Wirtschaftsaufbau und den Aufstieg des Volkes auswirken.

Wir haben eine große Aufgabe zu lösen, die darin besteht, eine gesunde Relation zwischen Geldumlauf, Preisen und Löhnen zu suchen. Das wird nicht leicht sein. Jeder Kenner der Verhältnisse weiß aber, daß, wenn man eine Währung schafft, die einen um 50% höheren Geldumlauf mit sich bringt, auch die Preise und Löhne auf einer angepaßten Höhe angeglichen werden müssen, wenn keine Komplikationen eintreten sollen.

Wir wissen, daß die deutsche Volkswirtschaft noch lange nicht in der Lage ist, Löhne zu zahlen, die große Ersparnisse ermöglichen. Deshalb müssen wir als christliche Politiker die Sozialpolitik aus der christlichen Schau und Verantwortung sehen. Es gibt viele Deutsche, aber auch maßgebende Personen bei den Dienststellen der Militärregierungen, die sagen: „Das deutsche Volk ist zu arm geworden, um sich eine Sozialversicherung im früheren Umfang zu leisten.“ Demgegenüber müssen wir den Grundsatz vertreten, daß wir gerade wegen unserer Armut eine Sozialversicherung haben müssen, die den arbeitenden Menschen eine Sicherung vor der Not der Zukunft gibt. Wenn früher ein Arbeitnehmer krank wurde oder nach 30- bis 40jähriger Tätigkeit in der Wirtschaft eine Altersrente aus der Sozialversicherung bekam, dann hatte er in den meisten Fällen auch keine Ersparnisse, die er zusätzlich verbrauchen konnte. Jetzt, wo wir durch die neue Währung den Bankerott der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft liquidiert haben und die Armut des Volkes für alle sichtbar ist, weiß man, daß der Arbeitnehmer, wenn er von Krankheit, Invalidität oder Alter betroffen wird, fast ausschließlich von dem leben muß, was er an Leistungen aus der Sozialversicherung bekommt.

Sozialversicherung gegen die Sorge vor der Not der Zukunft

Deshalb müssen wir mit einer neuen Wirtschaft auch eine der Zeit angepaßte Sozialversicherung aufbauen, die für den Arbeitnehmer **keine staatliche Fürsorge, sondern die Erfüllung eines Rechtsanspruchs an die Wirtschaft darstellt.** Als vor 60 Jahren mit dem Aufbau unserer Sozialversicherung begonnen wurde, waren es gut 10% der arbeitsfähigen Bevölkerung, die unter diese Gesetze fielen. Heute aber sind über 50% entweder in der Invaliden- oder der Angestelltenversicherung versicherungspflichtig. Die wirtschaftliche Entwicklung hat eine ganz andere Struktur unseres Volkes geschaffen, und dieser haben wir uns anzupassen. Es gibt viele Menschen, auch in unseren Kreisen, die glauben, mit denselben Grundsätzen und denselben Methoden wie vor 60 Jahren Sozialpolitik machen zu können. Sie übersehen, daß es jeder sozialen Gerechtigkeit Hohn spricht, wenn man den Volksteil, der die Lebensgrundlage des gesamten Volkes erarbeitet, der staatlichen Fürsorge überweist. **Es entspricht vielmehr christlichem Rechtsempfinden, wenn diesen Menschen für die Wechselfälle des Lebens Sicherungen gegeben werden, die sie in die Lage versetzen, ohne eine dauernde Sorge vor der Not der Zukunft ihre Arbeit zu verrichten.**

Wie ungerecht und unhaltbar die zurzeit gegebenen Verhältnisse sind, sehen Sie am besten, wenn ich Ihnen sage, daß im Falle der Erkrankung der Beamte sein Gehalt unbeschränkt weiter erhält, der Angestellte hat einen Rechtsanspruch auf Weiterzahlung des Gehaltes für 6 Wochen, der gewerbliche Arbeiter dagegen bekommt für die ersten drei Tage nichts und dann ein Krankengeld in Höhe von 50% des Grundlohnes. Aehnlich wie im Krankheitsfalle liegen die Dinge bei eintretender Invalidität und in der Altersversorgung. Hier haben wir für den Beamten durch die Pensionierung eine Sicherung, die ihm eine Rente bis zu 80% seines zuletzt bezogenen Gehaltes gibt. Für den Angestellten liegen die Verhältnisse schon viel schlechter, trotzdem muß man die Leistungen der Angestellten-Versicherung als tragbar bezeichnen, wenn man bedenkt, daß der gewerbliche Arbeiter aus der Invalidenversicherung eine Rente bekommt, die im Durchschnitt bei 50 Mark im Monat liegt. (Zurufe: Hört, hört!) Das ist weniger als Mann und Frau zusammen als Wohlfahrtsunterstützung beziehen, ohne daß sie hierfür Beiträge bezahlt haben. Noch übler liegen die Verhältnisse in der Hinterbliebenenversorgung. Die Witwen der Beamten und Angestellten bekommen ihre Pensionen bzw. Renten, wenn das Anrecht erworben ist, gleichgültig ob sie arbeitsfähig sind oder nicht. Die Witwe des Arbeiters aber muß, wenn sie nicht 65 Jahre alt ist, Invalide, d. h. zu $\frac{2}{3}$ erwerbsfähig sein.

Sie werden mir Recht geben, wenn ich sage, daß solche Verhältnisse nicht dazu angetan sind, die Schaffensfreude der gewerblichen Arbeiter besonders anzuregen. Wir brauchen aber den freudigen Einsatz aller Arbeitsenergien, wenn wir nicht jahrzehntelang in heutigen Elend weiterleben wollen. (Lebhafter Beifall.)

Man hat mir in der Öffentlichkeit den Vorwurf gemacht, ich sei ein Vertreter der neuen Sozialversicherungsregelung, wie wir sie in Berlin und in der Ostzone haben. Glauben Sie dies nicht. Ich weiß gut genug, daß man auf diesem Gebiete keine Besserung erzielen kann, wenn man Versicherungsrisiken, die nichts miteinander zu tun haben, finanziell zusammenwirft und dann aus einem Einheitstopf Leistungen gibt, von denen man nicht weiß, wielange sie gegeben werden können. Die finanzielle Dreiteilung der Sozialversicherung nach Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung muß erhalten bleiben. Der Versicherte muß wissen, daß die für

ihn gezahlten Beiträge ihm Leistungen garantieren, mit denen er bestimmt auch noch nach Jahren rechnen kann. Gehen wir von diesen Grundsätzen ab, so haben wir es mit keiner Versicherung mehr zu tun, sondern mit einer allgemeinen Staatsversorgung. Wenn man dies will, so soll man es auch so nennen und die Mittel hierfür durch eine von allen Staatsbürgern zu erhebende Sozialsteuer aufbringen. Es würde zu weit führen, in diesem Zusammenhang auf Einzelheiten einzugehen. Die Hauptsache ist, daß wir uns heute klar darüber werden, daß die seither bestehenden Ungerechtigkeiten beseitigt werden müssen und daß wir Neuregelungen zu schaffen haben, die der heutigen Struktur unseres Volkes gerecht werden.

Gerechte Verteilung des Volkseinkommens

Ich will nur hoffen und wünschen, daß alle, die sich seither auf sozialpolitischem Gebiet — gleichgültig wer es gewesen ist — betätigt haben, in Zukunft an der Neuordnung freudig mitarbeiten. Darüber hinaus müssen wir auch eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens anstreben. In diesem Zusammenhang erinnere ich an eine Rede, die Professor Erhard bei uns in Frankfurt hielt. Er sagte, in der Not eines Volkes geht es nicht, daß die Schmälerung der Lebenshaltung für alle gleichmäßig auftritt. In Notzeiten müssen an erster Stelle diejenigen Einschränkungen auf sich nehmen, deren Lebensstandard es zuläßt. Auf keinen Fall darf man die Kreise des Volkes noch weiter drücken, deren Einkommen seither schon das Existenzminimum nur soeben erreicht hat.

Anschließend an diese Ausführungen hatte ich Gelegenheit, mit dem Direktor für Post- und Fernsprechwesen über diese Dinge zu sprechen. Er war gerade aus der Schweiz zurückgekehrt und sagte mir, daß man dort bei den durch die auch dort eingetretene Geldentwertung notwendig gewordenen Lohn- und Gehaltserhöhungen die hohen Einkommen nominell festgehalten, die mittleren Einkommen etwas und die unteren Einkommen wesentlich erhöht habe. Dort sind, wie er mir sagte, die sozialen Spannungen in einer Art zurückgegangen, wie man es kaum für möglich gehalten hätte.

Wir wären ein glückliches Volk, wenn man auch bei uns den Mut aufrächte, derartige Wege zu gehen. Dabei sind wir in unserem Tun auf diesem Gebiete noch nicht einmal frei, weil wir in der nächsten Zeit aller Voraussicht nach in eine sehr stark westeuropäisch orientierte Wirtschaft hineinkommen. Wenn Sie sich einmal die Ziffern über die fehlenden gewerblichen Arbeiter in den Marshallplan-Ländern ansehen, dann werden Sie erkennen, daß in der Zukunft, spätestens in einem oder zwei Jahren, die Welt sich danach reißen wird, die besten Qualitätsfacharbeiter gewerblicher Art aus Deutschland herauszuziehen. Sie sehen es heute schon, daß man versucht, Landarbeiter für Frankreich, Facharbeiter für die Schweiz und auch für die skandinavischen Länder aus Deutschland herauszuholen.

Wenn wir es nicht fertigbringen, unseren gewerblichen Arbeitern bei uns im eigenen Hause eine auskömmliche Lebensbasis zu geben, dann werden diese Kräfte, die wir in der nächsten Zukunft so dringend notwendig haben, abwandern, und die deutsche Wirtschaft wird im Rahmen der westeuropäischen Wirtschaft nicht den Platz finden, den sie erringen muß, wenn wir in diesem überbevölkerten Land unsere Menschen erhalten wollen.

Ich will nur hoffen, daß man in Deutschland diese Dinge klar genug sieht. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß die CDU diesen Weg mitgehen wird schon aus

dem einfachen Grunde, weil sie ja die Worte „sozial“ und „Gerechtigkeit“ auf ihr Banner geschrieben hat. Diese soziale Gerechtigkeit im Rahmen unseres Wirtschaftslebens bedingt neue Wege und neue Kurse.

Wir müssen uns auch darüber klar sein, daß das deutsche Volk in der Zukunft als armes Volk kaum in der Lage sein wird, seine schwere und schwerste Arbeit im wirtschaftlichen Bereich und auch in der Landwirtschaft von ausländischen Arbeitern verrichten zu lassen. Es waren früher Hunderttausende, die in den Bergwerken und als Wanderarbeiter auch in der Landwirtschaft tätig gewesen sind. Wir können diesen deutschen Menschen keinesfalls das Lebensniveau zumuten, was wir den Wanderarbeitern in der Landwirtschaft seither geboten haben. Wenn wir nicht dazu übergehen, auch diesen Menschen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, daß sie sich in ihrer neuen Arbeit wohlfühlen, dann ist es unmöglich, diese Arbeitskräfte zu bekommen.

Auf allen Gebieten müssen wir im Wirtschaftsleben zu dem Kurs übergehen, den wir in Frankfurt eingegangen sind. Man hat uns vorgeworfen, daß wir Wege gegangen seien, die dem deutschen Volke nicht zum Segen gereichen. Herr Professor Erhard wird Ihnen gestern die Grundlagen unserer wirtschaftspolitischen Arbeit in Frankfurt dargelegt haben, und Sie werden wahrscheinlich danach manches anders sehen wie seither. Daraus ergeben sich auch für die arbeitenden Menschen Konsequenzen.

**Wenn wir in eine freie Wirtschaft hineingegangen sind, zumindest die Grundlage dafür gelegt haben, dann darf es in der Zukunft auch keine Zwangsbe-
wirtschaftung der menschlichen Arbeitskraft geben (sehr starker Beifall und Zustimmung).**

Dann müssen wir wieder dahin kommen, daß der junge Mensch selbst vor die Frage gestellt wird, wie er im Wirtschaftsleben durch Intelligenz und fachliches Wissen seine Zukunft aufbaut. Wenn wir so verfahren, werden wir unsere jungen Menschen dahin bringen, daß sie sich einen Beruf suchen, den sie freudig ausfüllen und in dem sie sich auch die größtmögliche Ausbildung aneignen.

Wieder selbständig denkende Individuen

Wie war es denn in der letzten Vergangenheit? Die Menschen wurden von den Arbeitsämtern dahin und dorthin geschickt, und wenn sie nicht wollten, dann war sogar der Polizeibüttel hinter ihnen. Sie sind lustlos zur Arbeit gegangen und hatten keine Möglichkeit, ihre eigene Zukunft auszubauen. **Wir als christliche Menschen haben die Verantwortung für unsere Jugend und vor Gott, aus unseren jungen Menschen wieder selbständig denkende Individuen zu machen.** (Beifall.) Das kann man nicht, wenn man sie wie Lohnsklaven hier und da einsetzt und ihnen nicht die Möglichkeit gibt, sich zu tüchtigen Menschen heranzubilden.

Sie werden mir vielleicht sagen, unter solchen Umständen wird es schwer sein, für die schwersten und für die gefährlichsten Berufe die notwendigen Arbeitskräfte zu bekommen. Glauben Sie mir, diese Dinge sind überhaupt nur dadurch zu regeln, daß wir für diese Berufe eben bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen. Als vor einem Jahr die Großkampagne für den Bergbau durchgeführt wurde und wir in Hannover 30 000 Menschen für den Ruhrbergbau stellen sollten, kam der damalige Leiter des Landesarbeitsamtes zu uns in die Gewerkschaft und sagte, ihr müßt behilflich sein, diese Menschen herauszubringen, um sie in den Bergbau zu schicken.

Ich habe ihm gesagt: „Auf dem Wege, daß Sie die Leute, die nun endlich einmal aus dem militärischen Zwang herausgekommen sind, zum Arzt schicken und sie auf Tauglichkeit untersuchen lassen, bekommen Sie keinen Menschen in den Bergbau.“ Wir haben nachher die Kampagne durchgeführt. 12.000 Menschen hat man ausgesucht und verpflichtet. Was war die Folge? Nach 8 Wochen waren von diesen 12.000 Menschen nicht mehr als 1200 in den Bergwerken. Nachdem man aber, den anderen Weg gegangen ist, daß man diesen Menschen, die in Wirklichkeit in der damaligen Zeit die schwerste und verantwortungsvollste Arbeit auf sich nahmen, bessere Bedingungen gab, lockerten sie auf einmal die Dinge. Es dauerte gar nicht lange, da kam bereits das Baugewerbe und sagte, ihr dürft es nicht weiter zulassen, daß unsere Bauarbeiter sich in der Zukunft als Bergarbeiter verdingen.

Wir sehen also, alle diese Dinge soll man nicht mit der staatlichen Knute und mit staatlichem Zwang zu lösen versuchen, sondern man soll dazu übergehen, die Dinge rein mit wirtschaftlichen Maßnahmen in Ordnung zu bringen. Ich habe keine Befürchtung, daß das nicht möglich ist.

Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen

In diesem Zusammenhang gestatten Sie mir bitte, noch auf eine Frage einzugehen, die an und für sich nicht zu meinem Referat gehört. Das ist die Frage der zukünftigen Versorgung unserer Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Sie alle wissen, daß wir im Jahre 1946 durch die Militärregierung das Verbot der Weiterführung der seitherigen Fürsorgestellen bekommen haben. Es wurde damals bestimmt, daß der Kriegsbeschädigte aus der Rentenversicherung, wenn er irgendwann und irgendwo einmal versichert gewesen war, eine Rente von 40 Mark bekommen konnte, wenn er voll arbeitsunfähig war. Damals ging ein Schrei der Entrüstung nicht allein durch die Kreise der Kriegsbeschädigten, sondern weit darüber hinaus durch das ganze deutsche Volk. Wir haben damals im Rahmen der CDU uns über die Dinge unterhalten und haben uns gesagt, wenn schon die Verhältnisse, wie wir sie vorher hatten, nicht mehr gehalten werden können, dann soll man zumindest die Kriegsoffer nach den Bestimmungen der Unfallversicherung behandeln. Die gleiche Forderung wurde auch auf dem Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bielefeld erhoben. So war es uns möglich, schon nach einem Jahr diesen Grundsatz bei der Militärregierung zur Anerkennung zu bringen. Wir konnten damit die Renten auf 100 Mark im Monat erhöhen und auch die Teilrenten wieder gewähren. Zurzeit haben wir durch Militärregierungsrecht den Tatbestand, daß die Kriegsbeschädigten durch die Rentenversicherung betreut werden. Das ist meiner Meinung nach nicht richtig. **Wenn man die Kriegsbeschädigten über die Sozialversicherung mit betreuen will, und zwar im Auftrage der Länder, dann soll man das konsequent und richtig machen.** Gelten die Bestimmungen der Unfallversicherung für ihre Versorgung, dann soll man sie auch durch eine Berufsgenossenschaft betreuen lassen. Dazu wäre die Gemeinde-Unfallversicherung die geeignetste. Dort hätten wir die Möglichkeit, die Versorgung der Kriegsbeschädigten individueller und zweckmäßiger durchzuführen, als dies zurzeit geschieht. **Ich habe die Hoffnung, daß es uns auf diesem Wege in der Zukunft gelingt, die Kriegsofferversorgung wieder aus der allgemeinen Sozialversicherung herauszubringen (sehr gut).** Wenn das geschieht und wir die Sozialversicherung von allen Schlacken, die ihr der Nationalsozialismus gegeben hat, wieder befreien, werden sich auch die Wege besser finden lassen, die zu einer Gesundung und zu einem Neuaufbau der Sozialversicherung führen können.

Wir werden die Aufgabe haben, in der allernächsten Zeit dahin zu wirken, daß das heutige System der Lohnbindung aufgehoben wird, und daß wir im Rahmen eines neuen Gesetzes über die Tarifverträge die Möglichkeit schaffen, daß wieder die Vertragskontrahenten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sich zusammensetzen, um in freien Verhandlungen das Löhnniveau und die Arbeitsbedingungen zu suchen, die für unsere Gesamtwirtschaft und für das Einzelgewerbe tragbar sind.

Gesunde Relation zwischen Geldumlauf, Preisen und Löhnen

Gläuben Sie nicht, daß ich vielleicht der Meinung wäre, daß wir jetzt in der Lage seien, in ganz ungehemmte Lohnbewegungen einzutreten. Das kann ein verantwortungsbewußter Mensch nicht, weil er weiß, daß zurzeit unsere Wirtschaft sich noch in einem Zustand befindet, daß sie nicht alles ertragen kann. Jede Lohnerhöhung, die wir in der Zukunft für die Gesamtwirtschaft durchführen muß weitgehend durch Leistungssteigerung der Wirtschaft ausgeglichen werden. Ich sage das hier bewußt, damit keine Irrtümer aufkommen können, denn es gibt heute schon so viele Menschen in Deutschland, die sagen, wenn in der nächsten Zeit der Lohnstopp aufgehoben wird, dann wird eine derartige Welle der Lohnbewegungen über die deutsche Wirtschaft gehen, daß eine Inflation unausbleiblich ist. Ich weiß aus meiner Tätigkeit im Wirtschaftsrat und aus meinen Verhandlungen mit den Direktoren in Frankfurt, die Sie ja gestern kennenzulernen die Ehre hatten, daß, wenn die Pläne von Frankfurt konsequent durchgeführt werden, d. h. wenn wir keine Ausweitung unseres Geldumlaufes zulassen, eine Inflation unmöglich ist. Dann wird sich aber auch jede ungesunde Lohnentwicklung hemmend für den Wirtschaftsaufbau und den Aufstieg des Volkes auswirken.

Wir haben eine große Aufgabe zu lösen, die darin besteht, eine gesunde Relation zwischen Geldumlauf, Preisen und Löhnen zu suchen. Das wird nicht leicht sein. Jeder Kenner der Verhältnisse weiß aber, daß, wenn man eine Währung schafft, die einen um 50% höheren Geldumlauf mit sich bringt, auch die Preise und Löhne auf einer angepaßten Höhe angeglichen werden müssen, wenn keine Komplikationen eintreten sollen.

Wir wissen, daß die deutsche Volkswirtschaft noch lange nicht in der Lage ist, Löhne zu zahlen, die große Ersparnisse ermöglichen. Deshalb müssen wir als christliche Politiker die Sozialpolitik aus der christlichen Schau und Verantwortung sehen. Es gibt viele Deutsche, aber auch maßgebende Personen bei den Dienststellen der Militärregierungen, die sagen: „Das deutsche Volk ist zu arm geworden, um sich eine Sozialversicherung im früheren Umfang zu leisten.“ Demgegenüber müssen wir den Grundsatz vertreten, daß wir gerade wegen unserer Armut eine Sozialversicherung haben müssen, die den arbeitenden Menschen eine Sicherung vor der Not der Zukunft gibt. Wenn früher ein Arbeitnehmer krank wurde oder nach 30- bis 40jähriger Tätigkeit in der Wirtschaft eine Altersrente aus der Sozialversicherung bekam, dann hatte er in den meisten Fällen auch keine Ersparnisse, die er zusätzlich verbrauchen konnte. Jetzt, wo wir durch die neue Währung den Bankrott der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft liquidiert haben und die Armut des Volkes für alle sichtbar ist, weiß man, daß der Arbeitnehmer, wenn er von Krankheit, Invalidität oder Alter betroffen wird, fast ausschließlich von dem Leben muß, was er an Leistungen aus der Sozialversicherung bekommt.

So haben wir von der sozialen Seite aus die Zukunft des deutschen Volkes zu sehen. Ich bin der Meinung, wenn wir den arbeitenden Menschen, der nun für die nächste Zeit mit der wertvollste Teil des deutschen Volkes ist, die Gewißheit geben, daß ihm Gerechtigkeit wird, dann habe ich die Hoffnung, daß diese Menschen die Arbeit nicht als eine Last, sondern als eine soziale Verpflichtung dem gesamten Volke gegenüber ansehen. Wenn wir diesen Geisteszustand im Volke und in den deutschen arbeitenden Schichten wieder geweckt haben, dann ist mir nicht bange um die Zukunft des deutschen Volkes (starker Beifall).

KAS-ACDP

Gerechte Preispolitik beendet soziale Spannungen

Diskussions-Referat von Johannes Albers

Der rauschende Beifall für Prof. Erhard sollte den Parteitag nicht über eine kritische Stimmung in weitesten Verbraucher- und Arbeitnehmerschichten hinwegtäuschen. $\frac{3}{5}$ der Berufstätigen haben auch heute noch mit einem Einkommen von weniger als DM 200.— monatl. zu rechnen. 1934 standen 56% aller Lohnsteuerpflichtigen unter einem Einkommen von RM 125.— monatlich, und diese Einkommensverhältnisse haben sich im großen und ganzen gegenüber der heutigen Zeit nicht geändert. **Einkommen dieser Art sind aber mit der gegenwärtigen Preisgestaltung schlecht in Einklang zu bringen.** Wenn auch noch wichtige Nahrungsmittel bewirtschaftet werden und zu erschwinglichen Preisen zu haben sind, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die Preise für die übrigen Nahrungsmittel und Verbrauchsgüter den Löhnen nicht angepaßt sind. Gewiß hat unsere Wirtschaft einen mühevollen Weg zu gehen, um dem deutschen Volk einen angemessenen Lebensstandard sichern zu können. Die Währungsreform hat den Geldschleier, der unsere Armut verbarg, zerrissen, sie hat Antriebe zur Arbeit und zur Leistungssteigerung ausgelöst. **Es ist von ausschlaggebender Bedeutung, daß mehr gearbeitet, mehr geleistet, mehr produziert wird.**

Worauf es aber darüber hinaus ankommt, ist folgendes: Es muß die Ueberzeugung allgemein werden, daß es nicht für einzelne Kreise, sondern für alle aufwärts geht. Es muß im Volke die Ueberzeugung lebendig werden, daß das ganze Volk an der Konsolidierung der Wirtschaft teil hat. Das Volk muß das Bewußtsein haben, daß sich niemand den Folgen des Krieges entziehen kann und daß der Mensch, der die Güter schafft, nicht der letzte ist, wenn diese Güter verteilt werden. Die von den Fesseln des Bewirtschaftungssystems befreite Wirtschaft wird die ihr gegebene Chance gut nützen müssen. **Sie wird beweisen müssen, daß sie ihre Aufgabe, die breiten Schichten des arbeitsabhängigen Volkes mit den notwendigen Bedarfsgütern zu versorgen, mit der Dauer besser zu erfüllen vermag als eine von behördlichen und bürokratischen Stellen geleitete und geplante Wirtschaft.** Das setzt voraus, daß Löhne und Preise in einem angemessenen Verhältnis stehen. **Wenn die Preise den Löhnen davonlaufen, wird die Gefahr schwerer sozialer Konflikte heraufbeschworen.** Unter diesem Gesichtspunkt habe ich die Tätigkeit des Wirtschaftsrates in Frankfurt betrachtet und auch die Arbeit des Herrn Prof. Erhard gewertet. Die von mir geäußerte Meinung soll mich aber nicht hindern, der Arbeit der CDU im Wirtschaftsrat meine respektvolle Referenz zu erweisen. Wir wollen uns der Tatsache freuen, daß der Frankfurter Wirtschaftsrat in Erfüllung der ihm übertragenen Verantwortung in entscheidender Situation dem deutschen Volke neuen Glauben und neuen Willen zum Leben gegeben hat. Wenn wir die Frage stellen, ob Frankfurt ein Plus ist, so brauchen wir nur unsere Hausfrauen zu fragen. **Ich glaube, wir werden allgemein zustimmende Antwort bekommen.**

Wenn wir demgegenüber die Haltung der gegnerischen Presse und auch die Gewerkschaften betrachten, so muß gesagt werden, daß das, was man sich dort

leistet, mit einer objektiven Stellungnahme nicht mehr viel zu tun hat. Die SPD läßt alle Register der Demagogie spielen, um die Arbeit der CDU in Frankfurt zu diffamieren. Die SPD hat dabei manchmal auch die Hilfe des Rundfunks, der ja eigentlich überparteilich sein soll. Was sich die SPD leistet, schießt weit über das Ziel hinaus.

Aber auch zur Einstellung der Gewerkschaften muß hier ein Wort gesagt werden. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die Gewerkschaften zur neuen Wirtschaftspolitik eine eigene Meinung äußern. Daß aber die gewerkschaftliche Auffassung gleichzeitig auch die Auffassung der SPD sein muß, das ist es, wogegen wir uns zur Wehr setzen. In den letzten Tagen waren in Königswinter die maßgeblichen Männer und Frauen der früheren christlichen und demokratischen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung versammelt. Sie sind sogar überwiegend in den heutigen Gewerkschaften mit verantwortlich tätig und stehen in der CDU in führenden Positionen. Diese Männer und Frauen haben sich eingehend mit den Fragen der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik befaßt. Die von mir vorgebrachten Einwendungen sind auch die Einwendungen der in Königswinter versammelt gewesenen Männer und Frauen. Die Vertreter aus Hamburg, wie aus Niedersachsen, aus Nordrhein-Westfalen wie aus Hessen waren auch einmütig der Auffassung: das, was sich heute die Gewerkschaften an Propaganda gegenüber Frankfurt leisten, hat mit echter gewerkschaftlicher Neutralität nichts mehr zu tun. Ist nicht die äußerste Grenze gewerkschaftlicher Neutralität erreicht, wenn es z. B. in einem Aufruf des Düsseldorfer Ortsausschusses wie folgt heißt:

„Der Ortsausschuß fordert die sofortige Abberufung des Direktors für Wirtschaft, Prof. Erhard, als den Hauptverantwortlichen für diese Katastrophopolitik. Der Ortsausschuß stellt fest, daß diese ungeheuerliche und volksschädliche Entwicklung bewußt von den reaktionären Kräften des Frankfurter Wirtschaftsrats heraufbeschworen wurde. Nur der kämpferische Einsatz der Gewerkschaften mit der Unterstützung aller demokratischen und volksnahen Parteien, die Not und Elend der Werktätigen erkennen, ist die Kraft, die diesem Volksverbrechen ein Ende bereiten kann. Die Gewerkschaften werden zur Erzwingung ihrer Forderungen nicht davor zurückschrecken, auch das letzte gewerkschaftliche Machtmittel einzusetzen, und zwar einen Generalstreik auszurufen.“

Auch das Gewerkschaftsblatt der britischen Zone, der „Bund“, nimmt in seiner Nr. vom 29. 8. allzu einseitig Stellung, wenn er erklärt, es sei von weittragender, ja verhängnisvoller Bedeutung, daß die kapitalistische Wirtschafts- und Preispolitik in der Mehrheit vom Wirtschaftsrat ausdrücklich gebilligt worden sei.

Zu einer objektiven Berichterstattung kann sich die SPD-Presse deshalb nicht aufschwingen, weil ja Wahlen vor der Tür stehen. Wahlmanöver und Wahltaktik bestimmen wohl die Haltung dieser Partei.

Wogegen ich mich wende, wäre die Tatsache, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund ein verlängerter Arm der SPD sein könnte. Gewerkschaftliche

Neutralität sollte auch die Arbeit unserer Männer und Frauen in Frankfurt respektieren. Unter ihnen, die die Wirtschaftspolitik billigen, befinden sich nicht weniger als 8 Leute, die aus den früheren christlichen Gewerkschaften kommen und wohl für sich in Anspruch nehmen dürfen, durch ihre frühere jahrzehntelange Arbeit in der Gewerkschaft und Verbraucherbewegung etwas von Wirtschaftspolitik und Verbraucherinteressen zu verstehen.

Da ist Peter Schlack, der mehr als 50 Jahre in der christlichen Arbeiter- und Verbraucherbewegung steht und auf ein erfolgreiches Leben im Dienste des arbeitenden Volkes zurückblicken kann. Da ist Heinrich Strunk aus Essen, dieser harte Kämpfer, wenn es um die Wahrnehmung der Arbeiter- und Verbraucherinteressen geht. Da ist Anton Storch, jetzt durch das Vertrauen der Mehrheit des Wirtschaftsrates zum Direktor der Arbeit bestimmt. Da ist der jugendliche Theodor Blank aus Dortmund, ein ewiger Stürmer und Dränger in der Wahrnehmung der Interessen des arbeitenden christlichen Volkes. Da ist der Arbeitersekretär Winkelheide aus Recklinghausen, da sind die Kameraden Horn, Karpf, Hans Schütz und Blotzaneck. Ich möchte ein offenes Wort sprechen! Wir lassen uns von diesen Männern auch durch die diffamierende Art der SPD-Presse und der Gewerkschaften nicht trennen. Wenn zur Entscheidung steht, hier Gewerkschaften und diese Männer, dann werden wir uns für die letzteren entscheiden.

Aber ich muß noch eine Frage den Gewerkschaften vorlegen. Hat man sich hier besonders aufgeregt, als man vor Jahresfrist in Hannover und Schleswig den Kartoffelkrieg gegen den Westen führte? Der Herr Ministerpräsident Kopf und der Ministerpräsident Lüdemann, von Schleswig-Holstein haben nicht irgendwie besondere Interessen für die schwer notleidenden Volksmassen an Rhein und Ruhr gezeigt, als sie ihrer Bevölkerung Einkellerungsmöglichkeiten für 2 Zentner pro Kopf gaben. Ich habe damals keinen Einspruch der Gewerkschaften vernommen.

Ich möchte zusammenfassen: **die CDU-Fraktion des Wirtschaftsrats muß sich dafür einsetzen, daß die sozialen Spannungen durch eine gerechte Preispolitik beseitigt werden.** Dazu gehört aber auch, daß all diejenigen, die die heutige Situation für dunkle Geschäftemacherei ausnutzen wollen, schnellstens das Handwerk gelegt wird. Wer heute Waren hortet, wer dadurch glaubt, sich dem Lastenausgleich zu entziehen, muß wissen, daß auch seine Stunde geschlagen hat.

Und dann das andere: **Wenn der Gewerkschaftsbund in der Zukunft nur ein verlängerter Arm der SPD sein will und nicht eine überparteiliche Vertretung der deutschen Arbeiterschaft, so werden wir das nicht widerspruchslos hinnehmen. Es kann einmal die Stunde kommen, wo wir sagen werden, bis hierher und nicht weiter.** Mir sind allzu oft Vorwürfe gemacht worden, daß ich und meine Freunde allzu viel Toleranz und Verständnis für die manchmal unverständliche Haltung maßgeblicher Gewerkschaftsstellen aufbrächten. Ich möchte sagen, alle Toleranz und alles Verständnis kann einmal ein Ende finden. Es kann die Stunde kommen, wo wir sagen werden, bis hierher und nicht weiter. Dann tragen aber nicht wir, sondern die anderen die Verantwortung für eine Entwicklung im gewerkschaftlichen Leben, wie wir sie 1945 nicht wollten. Die Schuld für die Trennung der Gewerkschaften liegt dann bei denjenigen, die nicht tolerant, nicht überparteilich und nicht verständlich handeln.

In Berlin spielt sich ein Welt drama ab

Referat von Jakob Kaiser

Es hat mir sehr leid getan, daß ich nicht zu Beginn des Parteitages mit Ihnen zusammen sein konnte. Aber wie Sie ja wissen, hatte die dramatische Auseinandersetzung in Berlin vorgestern und gestern wieder einmal einen Höhepunkt erreicht. Nach einem Propagandartummel sondergleichen macht man in Berlin in diesen Tagen erneut in **Revolution**. Was durch den Putschversuch am 23. Juni nicht gelungen war, sollte in diesen Tagen — die Angelegenheit ist noch voll im Gange — unter größerem Einsatz noch erreicht werden. Die Regierung der Stadt und der Magistrat sowie die Stadtverordnetenversammlung sollten durch un-demokratische Organe nach Prager Muster ersetzt werden, obwohl mehr als 80% vielleicht sind es heute 90%, der Bevölkerung hinter der Regierung, hinter dem Magistrat und der Volksvertretung stehen. Die Polizei des Ostsektors und die östliche Besatzungsmacht haben ganz offensichtlich bei den Vorgängen ihre Hand im Spiel. Dank der Umsicht der Führung der drei demokratischen Parteien und dank des Mutes des Magistrates unter der Führung unseres unverzagten Union-freundes Friedensburg gingen die bisherige Stöße ins Leere.

So erscheinen die Berliner Vorgänge und alles andere als merkwürdige Begleitmusik zu den Moskauer Verhandlungen. Es geht in Berlin um die Schaffung von Tatsachen. Man will die Verhandlungsposition der Sowjets verbessern. Die Tatsache, daß ich trotz der Bewegtheit der Berliner Situation zu Ihnen gekommen bin, mag Ihnen zeigen, wie sehr mir daran liegt, an Ihrem Parteitag teilnehmen zu dürfen. Ich war der Meinung, daß ich als alter Kölner Bürger zu diesem Parteitag gehöre. Hier an Rhein und Ruhr liegen die Wurzeln meiner politischen Arbeit. Und die Gesichter, die ich vor mir sehe, sind vielfach die Gesichter alter politischer Freunde und Kameraden.

Es war und ist mir deshalb ein Bedürfnis, Ihnen die Grüße und Wünsche der Berliner Christlich-Demokratischen Union und der Millionen aufrechter Menschen aus der Ostzone zu überbringen. (starker Beifall). **Wenn ich von der Berliner Union spreche, so meine ich die von meinem Freunde Schreiber in Tapferkeit und in Freiheit geführte Union.** Unsere Freunde in Berlin haben vor wenigen Tagen ihr angestammtes Haus verlassen und einer kleinen Protektionsgruppe Platz machen müssen, die den Namen der Union mißbraucht. **Aber die nächste Wahl in Berlin wird bekunden, daß die Bevölkerung mit solchen Gruppen nichts tun haben will.** Deshalb fürchtet man auch die Wahl in Berlin und in der Ostzone. Wenn ich von den Millionen aufrechter Menschen in der Ostzone spreche, so meine ich die Millionen Unionsfreunde, die in letzter Treue zur Idee, zu unserer Aufgabe, zum Ziel unserer Partei stehen. Diese Männer und Frauen sind nicht nach meist irreführenden Verlautbarungen bestimmter Parteinstanzen zu beurteilen, sondern nach der **Unbeirrbarkeit, mit der sie zur inneren Unabhängigkeit der CDU der Ostzone stehen.** Sie sind einzig und allein nach ihrer Not und nach ihrer Gewissensqual zu beurteilen. Ich war beim Domfest in Köln. Im Kölner Stadion hat man geglaubt, mich als einen Märtyrer der Ostzone begrüßen zu müssen. Ich bin alles andere als ein Märtyrer. Ich kämpfe für die Freiheit und das Deutschtum Berlins und der Ostzone (Beifall). Die Märtyrer aber sind die Millionen Deutschen in der Ostzone, und nicht zuletzt die Mitglieder der CDU, die unbeirrbar für ihre Ueberzeugung eintreten und für ihre Ueberzeugung leiden.

In ihrem Namen überbringe ich Grüße und Wünsche. In ihrem Namen darf ich auch den einen oder anderen Wunsch zum Ausdruck bringen, indem ich über das gewöhnliche Maß einer Begrüßungsansprache hinausgehe. Um des Ernstes der Situation willen, in der sich Berlin und die Ostzone befinden, werden Sie das gestatten. **In Berlin spielt sich ein Welt drama ab.**

Die Freiheit Europas steht und fällt mit der Freiheit von Berlin

Ein bekannter amerikanischer Journalist richtete dieser Tage an Frankreich folgende Mahnung: Vielleicht gehört mehr historische Einsicht zur der Erkenntnis, als die Franzosen im Moment aufzubringen vermögen, daß nämlich die Freiheit deren man sich in Paris erfreut, steht und fällt mit der Freiheit in Berlin. Treffender können wir selbst es nicht sagen, worum es in Berlin heute geht. Auf dem Wege nach Paris liegt auch die Stadt Recklinghausen.

Es geht nicht um Rußland, und es geht nicht um Amerika. Es geht um die Zurückdrängung eines Systems, das Deutschland, Europa gefährdet und angreift. Für die Zurückdrängung dieses Systems ist Berlin in diesem geschichtlichen Augenblick der Angelpunkt geworden. **Die kommunistische Frivolität hat in Berlin einen kalten Krieg entfacht, der die Nerven der Bevölkerung unentwegt peitscht.** Der Zustand in Berlin ist Werk und Schuld dieses Systems. Berlin hat heute praktisch schon zwei Regierungen. Es hat zwei Polizeiverwaltungen, die eine ist kommunistisch und die andere demokratisch. Berlin hat zwei Währungen, wovon ebenfalls die eine den Zielen des Kommunismus in Deutschland dienen soll. Zwischen diesen Zuständen wird die Bevölkerung der Stadt hin- und hergerissen. So versucht man, die Männer und Frauen der Stadt müde zu machen.

Die Verhandlungen in Moskau haben die Aktivität dieses Systems in Berlin nicht etwa abgeschwächt, sondern diese ist eher gesteigert worden. Das haben wir gerade in diesen Tagen drastisch genug erlebt. Die SED entfacht einen Wirbel von Propaganda gegen die sogenannten Spalter. Das ist die demokratische Mehrheit der Bevölkerung. Als Spalter gilt in Berlin nicht nur derjenige, der die beginnende Neuordnung im Westen bejaht, der den legalen Magistrat in Berlin anerkennt, sondern auch derjenige, der die kommunistische Partei ablehnt, ist als Spalter verschrien. Als Spalter gilt auch, wer die kommunistische Führung der Gewerkschaften, der Jugendorganisation, des Kulturbundes usw. verneint. **Dabei weiß heute in Berlin jedes Kind, wer die Spalter sind.** Man muß das aussprechen.

Es gibt erstaunlicherweise im Westen und Süden Deutschlands noch immer recht vorsichtige Leute, die es für taktisch unklug halten, im Kampf gegen das kommunistische System eindeutig Stellung zu beziehen. Man hört sogar Meinungen wie diese: man könne nicht eher Stellung beziehen, bis nicht in Moskau Entscheidungen gefallen seien. Diese überklugen Taktiker möchte ich aus der Erfahrung heraus belehren.

Welche Entscheidungen auch immer in Moskau fallen mögen, es bleibt Deutschland aufgegeben, klare Stellung gegen jeden Sowjetisierungsversuch in unserem Lande zu beziehen. Es bleibt unserem Volke aufgegeben, Berlin und die Ostzone mit aller Kraft, die uns gegeben ist, zu unterstützen, wo immer sich marxistisch-leninistischer Einfluß bemerkbar macht.

Das aufsehenerregende Wort des ehemaligen Sozialdemokraten Grotewohl von der Zugehörigkeit der Ostzone mit ihren 18 Millionen Einwohnern zum marxis-

tisch-leninistischen Ostblock war keine leere Propagandabemerkung. **Es war die Planungsanweisung für die deutsche Ostzone, und es sollte das Zukunftsbild für Berlin sein.** Es ist einfach eine Gewissenspflicht, in aller Klarheit zu den Zuständen in Berlin und in der Ostzone Stellung zu nehmen. Niemals hat wohl die Welt einen ähnlichen Mißbrauch eines Volkes im Einsatz für machtpolitische Interessen erlebt. Wenn je ein System die Vernichtung der menschlichen Würde offenbart, dann tut es das kommunistische System dieser Zeit auf Berliner Boden. Wir brauchten uns allerdings über die Proklamation des Kommunismus keine Sorgen zu machen, wenn die Macht fremder Bajonette nicht dahinter stände.

Verständigungsbereitschaft wurde mit Unterwerfungsbereitschaft verwechselt
Wir — und ich insbesondere — glaubten lange genug, den kommunistischen Expansionswillen durch Verständigungsbereitschaft hemmen zu können. Die Vertreter der Sowjetmacht haben zu unserem größten Bedauern Verständigungsbereitschaft mit Unterwerfungsbereitschaft unter ihr System verwechselt. Nun sind wir in der Union der Stadt Berlin sowie viele unserer Menschen in der Ostzone hart geworden, härter vielleicht, als es dieser oder jener unserer Freunde im Westen Deutschlands für taktisch richtig für die Weiterentwicklung unseres Volksschicksals ansieht.

Eine Bitte und ein Verlangen richte ich an Sie. Ich habe die maßgeblichen Vertreter der Union, die Männer und Frauen, die im Raum der britischen Zone politische Verantwortung tragen, vor mir. **Der Kampf um Berlin geht das ganze deutsche Volk an. Die Parteien, die in diesem Kampf versagen, die an diesem Kampf keinen lebendigen Anteil nehmen, haben in einer entscheidenden deutschen Aufgabe versagt.** Parteien, die in der Solidarität zu Berlin und der Ostzone versagen, haben nicht nur Berlin und die Ostzone, sondern auch Deutschland im Stich gelassen. Nicht jeder kann vielleicht den Weg über die Luftbrücke nach Berlin finden, aber es sollte keinen maßgebenden Mann der Union geben, der diesen Weg nach Berlin und nach Möglichkeit auch in die Ostzone meidet. In der Zeit der Blockade haben uns bis jetzt nur zwei aus unseren Reihen als namhafte Persönlichkeiten besucht: Helene Weber und Oberbürgermeister Dr. Heineemann, Essen. Diese Beiden haben erlebt, wie nicht nur die Stadt Berlin selbst, sondern auch die Ostzone den Berliner Kampf mit aller Anteilnahme und Sorge verfolgen. **Die Viermächtestadt Berlin bedeutet für die Menschen der Ostzone Halt und Hoffnung auf Erlösung vom kommunistischen Druck und von alle dem, was dem Osten noch droht.** Ein der Ostzone angegliedertes Berlin bedeutet für sie gesteigerte Hoffnungslosigkeit. Das Schicksal der Ostzone, in der die Städte Leipzig, Dresden, Weimar, Eisenach, Halle, Schwerin, Magdeburg liegen, wo 18 Millionen deutsche Menschen wohnen, geht uns alle miteinander an.

Die Wirkung des Einstehens für Berlin, die Ostzone und den gesamten deutschen Osten wird nicht zuletzt von der Geschlossenheit der Parteien abhängen.

Das Wort von der Geschlossenheit der Parteien gilt nicht nur gegenüber dieser großen nationalen politischen Aufgabe unseres Volkes, es gilt auch für alle anderen Anliegen und Aufgaben, denen sich die politischen Parteien in dieser Zeit gegenüber sehen. Ich rede dabei ganz bestimmt keinem übertriebenen parteipolitischen Zentralismus das Wort. Man kann einem bestimmten föderalistischen Charakter durchaus in den Parteien Rechnung tragen. Schließlich ist auch der SPD, der anderen großen Partei unseres Volkes, die zentralistische Leitung von

Hannover nicht immer gut bekommen. Aber es muß auch unserer Partei Gelegenheit zu stärkerem Anwachsen über Deutschland hinweg gegeben werden. **Darum erscheint es wünschenswert, daß wir uns nicht nur in Länder- und Zonen-Parteitagen zusammenfinden wie bisher, sondern daß wir endlich auch einmal Ernst machen mit einem gesamtdeutschen Parteitag unserer Union.** (Beifall).

Die mittlere Linie muß gefunden werden

In demokratischer Freimütigkeit müssen wir über ganz Deutschland hinweg zur grundsätzlichen Klarheit über das kommen, was uns angesichts der Lage unseres Volkes aufgegeben ist. Meinungsunterschiede, Verschiedenheiten und Schattierungen der Sozial- und Wirtschaftsauffassung sind ganz bestimmt kein Unglück für eine Partei. Es kommt nur darauf an, daß diese Unterschiede ausgeglichen werden. Es kommt darauf an, daß die mittlere Linie gefunden wird. **Die Union hat nicht rechts und nicht links zu stehen, sie ist gemäß dem Impuls, aus dem sie entstanden ist, eine Partei der Mitte. Sie ist nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten ist, eine Partei der Mitte.** Darum bedarf es auch keiner neuen Partei der Mitte (Beifall), sondern es bedarf des Zusammenschlusses und des Zusammenhaltes all derer, die nach sinnvollem Zusammenhang der Gesetze von Freiheit und Bindung für die Neuordnung unseres Volkes streben. Es gibt keine Restauration alter Zustände.

Die Millionen unserer Mitglieder wollen keine Restauration, sondern eine Neuordnung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens aus dem Gesetz persönlicher Freiheit und verantwortungsvoller Gebundenheit.

Wer das nicht versteht, hat die Sprache unseres Volkes nach meiner Meinung noch nicht verstanden.

Die Union ist ja nicht nur eine Partei der Arbeiter, der Bürger und Bauern, sie ist eine Partei der Enteigneten, der Flüchtlinge. **Sie ist eine Partei des ganzen Volkes.**

Diese Gruppen lassen sich nur zusammenfassen und zusammenhalten, wenn sie ein gesundes, ein lebens- und volksnahes Gesetz in der Partei lebendig spüren, so wie ich es heute nachmittag hier erlebt habe. Ein Gesetz, das den inneren und äußeren Nöten der Zeit Heilung zu bringen weiß, Wir nennen es das Gesetz des christlichen Abendlandes, das zugleich Freiheit und opferbereite Bindung aufgibt. Dieses Gesetz ist völlig undogmatisch. Es läßt Maßnahmen liberalistischen und sprechen wir es ruhig aus — sozialistischen Charakters zu, wenn sie nur den Menschen unseres Volkes dienen. Nur dürfen sie nicht die Würde des Menschen und seine innere Freiheit verletzen.

Auf dieser Basis können sich alle finden, die wirklich guten Willens in unserem Lande sind. Wir haben in Berlin das lange Hin und Her vor Besprechungen mit Vertretern der Zentrumsparthei hier in diesem Raume bedauert. Dieses Hin und Her wurde nach unserer Meinung nur von Kräften mißbraucht, die Interesse an Spaltungen in unserer Partei haben. **Mir scheint, es gibt keine grundsätzlichen Unterschiede zwischen echten Unions- und echten Zentrumsleuten.** Ich sehe nur taktische Meinungsverschiedenheiten, und die sollten im Interesse einer christlichen Demokratie ausgeschaltet werden. Schließlich sind wir doch alle miteinander christliche Demokraten. **Wir brauchen gerade in Deutschland ein imponierendes, ein beispielhaftes Zusammenwirken aller christlichen Demokraten.**

Die Lage unseres Volkes und die Welt rund herum sagen uns, warum wir es brauchen. Sie bringt zum Ausdruck: Denkt an die Vorgänge, wie sie sich vor

kurzem in Italien begeben haben. Der Vorgang Italien beweist uns, daß die Christlichen Demokraten die einzige Partei sind, die ein wirksames Gegengewicht gegen die kommunistische Gefahr bildet.

Die großen Worte, die wir ab und zu gehört haben, daß die SPD der einzige Hort der Demokratie in diesem Lande ist, sind falsch. **Die Sozialdemokratie umfaßt noch weite Kreise, die den Marxismus noch nicht überwunden haben.** Tritt nämlich in kritischer Stunde der Kommunismus an sie heran, so hat er stets den linken Flügel der SPD für sich zu gewinnen gewußt. So geschah es in Osteuropa und in Italien. Vor dieser Gefahr stehen wir heute in Deutschland, vor allem dann, wenn die SPD so weiter macht, wie wir es eben gehört haben.

Ich bin ermutigt, vom Zusammensein mit Euch zum Kampfplatz Berlin zurückkehren zu können, und ich möchte wünschen und hoffen, daß auch ich sagen könnte, wie sehr es darauf ankommt, daß wir, die Deutschen in Ost und West und Süd, zusammenstehen müssen für das Glück und für die Freiheit unseres Volkes. (Beifall).

KAS-ACDF

Keine Spaltung, keine Gegensätze, kein rechter und linker Flügel

Schlußreferat Dr. Konrad Adenauers

Wir stehen am Schluß unserer Tagung. Es ist meine vornehmste Pflicht, dem Oberbürgermeister von Recklinghausen, Herrn Bitter, der Partei hier in Recklinghausen und all den zahlreichen Helfern und Helferinnen, die unermüdlich für den Parteitag tätig gewesen sind, unseren herzlichsten Dank auszusprechen (Beifall). Jeder von uns, der den ersten Parteitag hier in Recklinghausen miterlebt hat und der auch dieses Mal anwesend gewesen ist, wird ein Gefühl der Freude und Genugtuung empfinden; denn dieser zweite Parteitag der Christlich-Demokratischen Union der britischen Zone hat eine solche Kraft, Einheit und Geschlossenheit der Auffassungen und einen solchen Mut zur Verantwortung gezeigt, daß wir deshalb glücklich und zufrieden sein können, daß wir aber auch mit Stolz darauf hinweisen können, daß die CDU in diesem Jahr, das seit dem ersten Parteitag hinter uns liegt, innerlich zusammengewachsen ist und Erfolge gezeitigt hat, sonst würde dieser gemeinsame Mut und dieses gemeinsame Gefühl der Kraft und des Vertrauens in die Zukunft unsere Partei nicht haben erfüllen können.

Als die CDU geschaffen wurde und ins Leben trat, auch noch im Laufe der letzten Monate, da wurde immer wieder von Spaltungen bei uns geredet, es wurde auch davon gesprochen, daß Spannungen aufträten zwischen den beiden Konfessionen; es wurde geredet vom rechten Flügel und vom linken Flügel der CDU, es wurde davon gesprochen, daß wir auseinandergehen und daß neue Parteien sich bilden würden. Jedem, der solche Reden geführt hat oder der geneigt war, ihnen Gehör zu schenken, möchte ich wünschen, daß er an diesem zweiten Parteitage bei uns hätte weilen können (Zurufe: sehr gut). **Wo ist hier von Spaltungen die Rede, wo von unüberbrückbaren Gegensätzen, wo von einer Spannung unter den Konfessionen, wo von rechtem und linkem Flügel?** Es ist keine Spur davon da! Wenn die CDU der britischen Zone einmal geschlossen und einig war, dann hat sie gezeigt, daß sie es jetzt ist. Daß es so gekommen ist, das ist nicht etwa ein Ergebnis der Referate, die wir gehört haben, nein, das ist eine Folge unblässiger und schwerer Arbeit in den Ortsparteien, in den Kreisparteien, in den Parlamenten, kurz und gut überall, wo einer von uns steht. Diese gemeinsame Arbeit hat uns zusammengetrieben und zusammengeschlossen. Lassen Sie mich in dem Zusammenhang auch der Jungen Union gedenken. **Sie hat auch in diesem Jahr nicht geruht, und wir setzen gerade auf die Arbeit der Jungen Union auch für die Zukunft, und zwar durchaus mit Recht, die größten Hoffnungen (Beifall).**

Es war ein schweres Jahr, das hinter uns liegt. Sie haben darüber gehört, und es liegt auch jetzt eine ganze Anzahl von Monaten vor uns, die erneute und erhöhte Anforderungen an uns stellen. Die Gemeindewahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein stehen vor der Tür, und dann kommen die Gemeindewahlen in Niedersachsen. **Diesen Gemeindewahlen gebührt die größte Aufmerksamkeit unserer gesamten Partei.** Es darf nicht vorkommen, daß große und wichtige Orte oder Städte ihre Mehrheit bei diesen Wahlen verlieren. Diese Wahl ist eine gemeinsame Angelegenheit in jedem Ort für unsere gesamte Partei.

Sie haben, verehrte Anwesende, den Vorträgen hier mit musterhafter Aufmerksamkeit zugehört. Nun werden Sie nach Hause gehen und von dem berichten, was sich hier zugetragen hat. **Ich bitte Sie, wirken Sie zu Hause als der Motor, der jetzt dafür sorgt, daß für die Gemeindewahlen das parteipolitische Leben mit aller Kraft in Gang gebracht wird.** Sorgen Sie dafür, daß Redner zur Stelle sind. Es wird dafür gesorgt werden, daß aufklärendes und propagandistisches Material Ihnen zugeht, damit Sie die Wähler und Wählerinnen darüber aufklären können, was die CDU in den vergangenen Jahren und Monaten geleistet hat. Es werden vielleicht noch mehrere Wahlen und Abstimmungen kommen; es wird wahrscheinlich auch eine Abstimmung kommen über das Ergebnis der Beratungen des Parlamentarischen Rates, der am 1. September ins Leben tritt. Es gilt also, die Partei auf dem laufenden zu halten.

Welche Entwicklung ist, uns Deutschen beschieden? Werden wir uns vielleicht wieder in einem Jahr, vielleicht auch früher zu einem neuen Parteitag zusammenfinden? Wir wissen es nicht. Aber wir können doch dieser Entwicklung, wenn wir rückwärts schauen, mit Hoffnung und Zuversicht entgegensehen. Kein Mensch kann bestreiten, daß zwar langsam, aber stetig doch eine Erholung eintritt in materieller, in wirtschaftlicher und auch in geistiger Hinsicht.

Das Ziel unserer Partei, meine verehrten Freunde, ist klar; der Wiederaufbau Deutschlands, der Wiederaufbau unserer Heimat, die Einheit Deutschlands, der Wiederaufbau Europas, der Zusammenschluß Europas auf christlicher Grundlage.

Das ist unser Ziel, und an diese Arbeit wollen wir gehen. Und diese Arbeit stellen wir unter Gottes gnädiger Schutz. Ich schließe diesen Parteitag.

Entschließungen zu den vorstehenden Referaten

Marktwirtschaft

Der 2. Parteitag der Christlich-demokratischen Union der britischen Zone in Recklinghausen hat den Vortrag von Wirtschaftsdiplomator Professor Erhard über die Wirtschaftspolitik des Frankfurter Wirtschaftsrates entgegengenommen. Er billigt einmütig und nachdrücklich die Abkehr von der zusammengebrochenen staatlich gelenkten Plan- und Zwangswirtschaft.

Die Marktwirtschaft hat in dieser kurzen Zeit bereits zu einer grundlegenden Besserung der Ernährung und Versorgung der Bevölkerung geführt. Zugleich sind Arbeitsleistung und Produktion erheblich gestiegen.

Der Parteitag fordert die konsequente Fortsetzung des von der CDU im Wirtschaftsrat eingeschlagenen Weges.

Mißstände in der Preisgestaltung müssen überwunden werden durch vernünftige Kalkulation der Verkäufer und Disziplin der Käufer. Insbesondere werden sich Produktion und Handel ihrer Aufgabe gegenüber Verbraucherschaft und werktätigem Volk bewußt bleiben müssen. Von der Verwaltung für Wirtschaft wird eine entschiedene Bekämpfung jedes Preiswuchers im Sinne des vom Wirtschaftsrat beschlossenen Gesetzes gefordert.

Finanzen und Lastenausgleich

Der 2. Parteitag der Christlich-demokratischen Union der britischen Zone in Recklinghausen hat das Referat des Direktors der Verwaltung für Finanzen Hartmann über Finanzpolitik entgegengenommen. Der Parteitag hält die Steuer-senkungen nicht für ausreichend für die notwendige Belebung der Wirtschaft. Weitere nennenswerte Senkungen sind nach Fertigstellung des Lastenausgleichs unerlässlich. Der notwendige Ausgleich der öffentlichen Haushalte muß durch Einsparungen in der Verwaltung an Sach- und Personalausgaben und durch Senkung der Besatzungskosten erzielt werden.

Mit Befriedigung hat der Parteitag davon Kenntnis genommen, daß der Direktor der Verwaltung für Finanzen beschleunigt die Arbeiten für den Lastenausgleich zum Abschluß bringen will und daß dabei Sofortmaßnahmen für Flüchtlinge und besonders Bedürftige vorgesehen sind. Der Parteitag begrüßt insbesondere auch die vom Direktor für Wirtschaft in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Verbilligung der erforderlichen Bedarfsgüter.

KAS-ACD

INHALTSANGABE

Marktwirtschaft moderner Prägung	Seite 3
Referat von Prof. Dr. Ludwig Erhard	
Währungsreform — Steuerreform — Lastenausgleich	Seite 18
Referat von Alfred Hartmann	
Der Mensch als Mittelpunkt von Staat und Wirtschaft	Seite 27
Referat von Anton Storch	
Gerechte Preispolitik brandet soziale Spannungen	Seite 35
Diskussions-Referat von Johannes Albers	
In Berlin spielt sich ein Welt drama ab	Seite 38
Referat von Jakob Kaiser	
Keine Spaltung, keine Gegensätze, kein rechter und linker Flügel	Seite 43
Schlußreferat von Dr. Konrad Adenauer	
Entschließungen zu den vorstehenden Referaten	Seite 44

KAS-ACDP

Aachener Volkszeitung

Christlich-Demokratische Tageszeitung

Die größte Tageszeitung des Reg.-Bez. Aachen
Einzige in diesem Gebiet erscheinende Tageszeitung
der christl.-demokratischen Richtung.

8 Stadt- und Kreisausgaben

Meistgelesene Tageszeitung in den Kreisen:

Aachen-Stadt

Aachen-Land

Geilenkirchen

Heinsberg

Erkelenz

Jülich

Düren

Schleiden

Monschau



Auflage: 91.000 Stück · Erscheint montags, mittwochs, samstags

VERLAG AACHENER VOLKSZEITUNG

Schmitz, Maas, Hofmann & Co. G. m. b. H.

Aachen, Adalbertstr. 20/28